

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. Juni 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergnügungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 69

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Laßt uns wandern: Sollen wir wandern?; Gründet Reisevereine!; hinaus ins Freie! — Achte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Danzig.
Das Buchgewerbe im Auslande: Romanische Schweiz. — Belgien. — Holland. — Ägypten.
Geniektion: Silhouetten vom Marke des Lebens. (Schluß.)
Korrespondenzen: Plauen. — Wesel. — Wesel (M.-G.).
Rundschau: Das neue Verzeichnis der Karlsruher Fernreisen. — Ferien! — Jahresversammlung der Ostberg-Gesellschaft. — Obermaschinenmeister und Angestelltenversicherung. — Zur Bekämpfung der Hantbrankungen im Buchdruckgewerbe. — Buchdruckerberufsgenossenschaft. — Zur Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge. — Vom Wirtware in der Polinischen Berufsvereinigung. — Wer bezahlt das Fortbildungsgeld.

Laßt uns wandern!

Sollen wir wandern?

Vom Mädchen reißt sich Holz der Anabe,
 Er führt ins Leben wild hinaus,
 Durchmüht die Welt am Wanderfusse,
 Fremd liebt er heim ins Vaterhaus!
 (Schiller, „Die Glöckner“.)

Serrlich grünen Felder, Wälder und Auen, jubelnd fröhlich der Gesiederten Chor, nur der Jüngling schaut verträumt in die sonnenblanke Ferne.

„Doch nicht alle. Viele — obgleich beschämend, so doch wahr — äffern bei dem Gedanken, einmal der heimlichen Scholle, der schlüßenden Schürze der Mutter für eine Spanne Zeit Ballet sagen zu müssen, um, wie sie sagen, in der Welt, in der Fremde herumgeht zu werden.“

„O heilige Einfalt! Für Leute dieser Spezies habe ich obiges Stüt als Motto gewählt, zur Veredelung, zum Nachdenken und Handeln. Ist es nicht geradezu beschämend, wenn man konstatieren muß, daß junge Kollegen, soeben der Lehrzeit entlassen, schon mit dem Ringe der Treue am Finger ihre schönste Pflicht im Dienste der Minne erfüllen? Um im jugendlichen Drang ihre Jugend und ihr Leben zu verpulvern? Das sind nachher jene, die, verblissen, als jugendliche Oriesgramme der Zeitgenossen reifes Urteil akzeptieren müssen und gekanzen, prinzipien- und ideallos durchs Leben trocken, durch ein Leben voller Leere.“

„Darum Kollegen, zur rechten Zeit den rechten Willen mit reicher Tat verbinden und hinaus in die Weite, hinein in den Strudel des brandenden Lebens! Mitgeschwommen, mitgeföhrt in der Jugend Kraft zum schönen Ziele: Zur Vollenbung in sich!“

„Aber mit dem Hinausgehen allein ist es nicht getan. Es heißt nun auch wirklich hören und sehen können, die Taten anderer schauen und vergleichen, wie weit man diesen entfernt oder näher kommt, d. h. nach Idealen streben. Und leider, daran sind viele so arm, obgleich es eigentlich die ureigenste Kraft impulliviert, Werte schaffenden Lebens. Wenngleich das Wandern gegen früher an Schmelz verloren, durch die fortschreitende Technik auf allen Gebieten und die dadurch naturgemäß größer werdende Arbeitslosigkeit vielen diktiert, so kann man bei gutem Willen selbst aus solcher Schicksalsmiserie einigen Nutzen ziehen.“

„Es ist oft das vöilige „Sich-gehen-laffen“, was manchen auf die Stufe des Landstreiters sinken läßt, meist Eigenschuß, die sich äußert in Leichsinne, Spiel und Laster. Keine Not ist so groß und anhaltend, als daß sie nicht in dem Reichen Lebensfreude einen Befleger findet. Schiller sagt es so schön in seinem Zweifler:“

Zeigt sich der Glöckliche mir, ich vergesse die Götter des Himmels;
 Aber sie sehn vor mir, wenn ich den Leidenden seh’.

„Und gerade deshalb hat das Wandern mit all seinen Leiden und Freuden einen so großen, erzieherischen, schöpferischen Wert. Es hebt das Alltagskind aus dem Kleide postaler Selbstvermiedrigung zum Sonntagsgast empor.“

„Doch alles Wandern ist Zeitvergeuden, verschwundenes Leben, wenn es kein vernunftgemäßes ist. Die Erkenntnis, der Vernunft Phalanx, sie muß es sein, die uns leitet, nicht die Eingebung unserer Launen. Und dazu gehört eine Reiseroute.“

„Jeder, der auf die Reise geht, verfolge sich mit dem „Reisehandbuche für organisierte Buchdrucker“ und arbeite sich mit Hilfe eines gerasteten Kollegen an Sand einer Landkarte eine Route aus und — halte sie ein. Ein Ziel muß man haben, das zu erreichen kein Heimweh, keine Wehregiden oder Misseten stark genug sind, uns zur Rückkehr zu zwingen. Dann ist das Reisen ideal, hat es Zweck, und die aufgewendete Zeit: Inhalt! Man muß studieren in dem großen, schönen, seit Jahrtausenden aufgeschlagenen Buche der Natur, sehen und schöpfen lernen aus den Quellen der Kräfte, und im Suchen sich neu gebären. Dann kehre zurück und freue dich deiner mühsam gesammelten

Schätze, dann kannst du Holz verflammen im Kreise der Jüngenden und sprudeln im Kreise deinesgleichen. Fürwahr, ein solches Wandern, es ist die schönste und inhaltreichste Zeit im Leben eines vortwärtsdenkenden, eines zum Ganzen strebenden, werfeschaffenden, würdigen Mitgliedes menschlicher Gemeinschaft!“

„Wohl gibt es innerhalb unsrer Reihen eine stolze Zahl bildender und fachtechnischer Vereinigungen, zielbewußte und aus einem reichen Fundus Wissen und Können gebende Kollegen, um weitere Kreise zu bilden, um Wollende partizipieren zu lassen an den Früchten ihrer Arbeit. Aber man sollte deshalb nicht zagen, sondern solchen idealen Lehrern der Menschheit, diesen Volksbildnern nachsehen, gleichgültig suchen im Erfüllen der schönen Aufgabe, die Wollenden und Schwachen aufzulesen und zusammenzurufen zum großen Heere, zur Mitarbeit, zum Märtyreren dem Wissen wie der uns durch Bildung näher gerichteten Freiheit entgegen. Mit Stolz muß es jeden Kollegen, jeden Buchdrucker erfüllen, daß wir nicht nur Laufende geben für die innerliche Freiheit unsrer Kollegen, sondern daß ein großer Teil — wohl fast der größte — der Kollegen im Glauben an sich selbst, im Vertrauen an eine sich hebende Menschheit befreit ist, auch im engen Kreis, in harter Organisationsarbeit, in Dienste der Arbeiterfrage überhaupt sein. Wissen und Können zu geben, geleitet von der Erkenntnis: Nur Wissen ist Macht, nur eine gebildete Arbeiterschaft vermag alle Gefahren zu erkennen, der Gegner Pläne aufzudecken zu machen durch ihre Einheit, ihre Stärke und der Vernunft Gebot: Seid solidarisch!“

„Drum führt ins Leben wild hinaus und mehr euer Wissen und lehrt andres verstehen; eilt fort vom Mutterhülle. Denn, daß wir unsrer Leben leben, darmit ist die Welt so groß!“
 K. E. M.

Gründet Reisevereine!

„Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens macht sich ein impullives Vorwärtsdrängen bemerkbar. Reformen und Neues schaffen ist die Signatur der heutigen Zeit. Sei es Genossenschafts-, Konium-, Versicherungs-, Organisationswesen oder Ferien-, Kolonisten- oder Sommerzeit- (Carroff)Bestrebungen — überall sind regame Hände und tafkräftige Männer an der Arbeit, um Vollkommenes, Besseres zu wirken, zu schaffen. Nur ein wichtiger Faktor, der wohl neben der beruflichen Weiterbildung mit Anspruch auf mehr Beachtung erheben kann, er ist und bleibt, was er war: Ureigenste Privatsache jedes einzelnen. Und zwar ist dieses Stetfind die „Walze“, das Wanderleben.“

„Wohl hind — und das soll nicht verkannt werden — die Unterföhungen, das Herbergswesen ein groß Teil gegen früher verbessert, wohl werden große Summen im Jahre für diesen Zweig der allgemeinen Bildung vorausgab; aber sie haben — was sie ja ureigent nur bezwecken — ein groß Teil über Wasser gehalten und ihren Drang, mehr zu sehen wie die heimliche Scholle, zum Teil befriedigt, jedoch den Nutzen, den sie bringen könnten, den Nutzen, den eine gleich große Summe für andre Zwecke bringt, kann man hier nicht konstatieren. Er vererbt in dem Wegema vieler Reisenden.“

„Viele Kollegen werden in der Dfernummer (Nr. 37) des „Korr.“ von der Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit der Ferienreisen und Sonderexkursionen der Züritcher Arbeiterunion gelesen haben. Mancher mit folger Erwartung, andre mit laurem Bescheiden. Es ist einmal nicht jedem vergönnt — warum und wieso, das will ich hier nicht erörtern. Tatsache ist, daß hier durch eine Organisation ein Werk ins Leben gerufen, das nur in wissenschaftlichen Exkursionen heinesgleichen findet. Bedenkt man: Eine Gesellschaft von 500 Reiseföhigen, sie wird geföhrt, untergebracht und zum Teil verproviantiert (natürlich auf eigene Kosten), daß man erfaumen muß. Dazu das Resultat: ein gutes, allgemein gelobtes.“

„Ja, nun Kollegen, sollte dieses System (natürlich in kleinerem Maßstabe) nicht auch für unsre „wahgenden“ Kollegen Anwendung finden können? Sollte, was dort in großer Zahl mit 25 Fr. möglich ist, nicht auch im kleinen, bei 30 oder weniger Teilnehmern, möglich gemacht werden können? Treten wir doch diesem Gedanken einmal näher. Versuchen wir doch einmal hier eine Lösung zu finden. Ob es notwendig ist, die „Walze“ in diese Bahnen zu leiten, läßt sich bejahen und auch verneinen, je nachdem der einzelne über die Reise als Zweck zur Bildung Anschauungen entwickelt.“

„Jeder strebe zum Ganzen“, ruft uns Schiller zu. Und der Ruf nach Zentralisation der Kräfte, wer wollte diesem

nicht folgen? Sind wir es doch auf allen andern Gebieten gewöhnt, warum lassen wir denn beim Reisen jeden seinen Weg gehen? Auch soll damit gesagt sein, daß der einzelne nicht imstande, sich die Welt zu besehen, sich durchzuschlagen und zuzufagen — nein, sondern ein andern, einen mehr ideellern Unterton möchte ich diesem Zweige gegeben wissen.“

„Was uns die Organisation lehrt: die Disziplin; was uns die fachtechnischen Vereine lehren: Sören und Gehen, Empfinden und Lust und Liebe zum Berufe, dieses alles möchte ich gekräftigt wissen durch ein systematisches, vernunftgemäßes Reisen. Nicht mehr Wälen und die Zeit fochlagen durch Wälen im hellen Sonnenschein, sondern wandern mit Sinn und in den Städten besehen, was nützlich und lehrenswert ist. Die „Walze“ des einzelnen muß eine Exkursionsreise an Hand eines führenden Kollegen werden. Wer läßt den einzelnen „Kunden“ in die Betriebe der Giebereien, Papiermühlen usw.? Aber eine Gruppe reisender Fachgewerbetler — woflan, zu jeder Zeit!“

„Gründet wir also in den Städten Reisevereine, in denen Kollegen, die auf Reisen zu gehen den Mut und Willen haben, sich zusammenfinden. Geben wir die Führung und eine feste Reiseroute, ausgearbeitet und mit Bemerkten versehen, wo diese und jene Anstalt, wo dieses und jenes Kulturdenkmal, diese und jene Schönheit zu finden ist, und lassen wir sie alle hinausziehen mit frohem Gang und heiferem Sinne, mit dem Wunsche, zu sehen, zu suchen. Und das ist gewiß: Solches Reisen in großer Gemeinschaft von Kollegen hebt nicht nur das Zusammengehörigkeitsbewußtsein, sondern es bringt dem einzelnen auch mehr Gewinn.“

„Um zur weiteren Lösung dieses Problems. Jede Stadt hat ihren Reiseföhren. Gut, diesen hat jeder Reisende an die Zentrale (sagen wir Berlin oder Weipia) einzulenden. Auf Grund dieser vielen Führer läßt sich vieles feststellen. 1. Was bietet die Stadt? 2. Wo liegt sie? 3. Was muß man sich merken? 4. Was kann man in beruflicher Hinsicht Neues kennen lernen? Zum andern: Es gibt eine große Anzahl weitgereister Kollegen; diese könnten der Zentrale mit Vorschlägen dienen, welche die schönsten Reiserouten wäht. Es müßten dann kleine Büchelchen zusammengestellt werden, z. B. Berlin—Dresden—Brag—Wien—Triest; Hamburg—Kannover—Rhein—Grenze Schweiz usw. Diese kleinen interessanten Zähler, glaube ich, würden guten Absatz finden und dem Reisenden wie dem Geiristen später ein willkommenes und nützlich Schatz sein und bleiben.“

„Betreffs Übernachten wird sich auf Grund dieser Führer vorher ein Abschluß machen lassen. Wissen sonst die Reisenden in allen möglichen „Hotels“ ihr Lager aufschlagen, werden sie auch mit einem weniger komfortablen Hotel in diesem Falle sich zufrieden geben.“

„Es ließe sich hierzu noch manches sagen. Jedenfalls hoffe ich, daß alle diejenigen und namentlich die Großstädte, die mit ihren „gefüllten“ Kassen eher für solche Zwecke — es sei ihnen dies zur Ehre angerechnet — etwas Spriegen lassen können, diesen Appell nicht unbeachtet lassen, und es werden sich Kollegen finden, die diesen Gedanken verwirklichen helfen wollen. Wenn erst der Versuch gemacht ist, wird man sich wundern, daß es früher nicht schon längst so war.“

„Und zum letzten: Alle, denen es wirklich ernst ist mit der Erinnerung und Hebung unsrer Kollegen, sie sollten ihre Kräfte und ihr Wissen in den Dienst stellen auch für diese Sache.“

Dflee.

K. E. Meink.

Sinaus ins Freie!

Bewegung ist Leben,
 Bewegung ist Kraft.

Der Zug ins Freie nimmt, seitdem der Wanderpost sich die Welt erobert hat, immer mehr und mehr zu. Die Sehnsucht nach mehr Licht und Luft und der Drang, weit fort aus dem Dunstföhre der Städte zu kommen, hat alle Welt erfasst. Die Morgenpostergänge von einst sind über die Tagespartien hinaus zu Touren geworden, die sich auf Tage ausdehnen.“

„Auch wir Buchdrucker sollten neben der beruflichen und gewerkschaftlichen Tätigkeit etwas mehr an unfern Körper, an unsre Gesundheit denken. Der Körper braucht einen Ausgleich für die Schädigungen, die das Alltagswerk der Mehrzahl der Stadt- und Stubenmenschen bringt. Durch das Arbeiten in geschlossenen Räumen, den Mangel an frischer Luft, wie durch die unvermeidliche Naharbeit verlieren die Augen ihre Schärfe. Unwillkürlich beugt sich

der Rücken, der Brustkorb platzt sich ab, die Lungen sind in der Atmung beengt. Der Appetit liegt daneben, da die Bewegung fehlt. Die Folgen zeigen sich in blasser Gesichtsfarbe, in mangelhafter Ernährung des Körpers, in schlaffer Muskulatur, in Kurzatmigkeit und in Schmalbrütigkeit mit den schlummernden Keimen zu schweren Krankheiten.

Das Geheimnis der Volksgesundheit liegt darin, daß sich der müdegearbeitete Kultur- und Stubenmensch möglichst viel Bewegung in freier Natur verschafft. Nur der Wandersport zwingt uns zu jener ausgiebigen Bewegung, ohne die es keine vollständige Gesundheit gibt. Die frische, reine Luft ist das Lebenselement des Menschen, und selbst ein halber Luftzug schadet keinem normalen gefunden Organismus, noch weniger einem durch vieles Gehen in frischer Luft abgehärteten Körper. Das ist ja eine der vielen guten Seiten des Wandersports, daß er den Menschen zwingt, sich hygienisch zu kleiden, so daß seine Haut immer in Berührung mit der frischen Luft hat. Selbst der Wind ist von Natur aus ein Freund des Menschen. Er massiert auf natürliche Weise die Haut; er bearbeitet sie, reinigt die Poren und regt die ganze Haut zu neuer gesunder Tätigkeit an.

Der große Arzt und Hygieniker Kufeland sagt hierüber folgendes: „Zur Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts in der Nervenstätigkeit ist nicht zu verabsäumen viel Muskelbewegung und Belebung der Nerven durch den allgemeinen, selten, unstillbaren und imponierbaren Lebensstoff der Atmosphäre vermittelt fähiger Bewegung in freier Luft, Landluft, Fußreisen.“ Der Pädagoge GutsMuths schreibt: „Willst du die eingetretene Abspannung des geistigen und physischen Menschen schnell und gründlich heilen, so tauch ihn kühl in sein Element: die freie Luft, den freien Lichtstrahl, in all die Einflüsse, die draußen allein so unentbehrlich und kraftvoll wirken, daß alle deine Restitutionsanstalten zwischen den Mauern nur arme Notbehelfe dagegen sind.“ Und nach der Ansicht des Gymnasiallehrers S. Cronie in Outlook (Amerika) ist das Gehen allen andern Sportarten vorzuziehen, weil es eine natürliche und halb automatische Bewegung ist. Es erfordert keine außergewöhnliche Körperkraft; auch lange Märsche strengen nicht übermäßig an. Außerdem beschlafft das Gehen mehr als 65 Proz. aller Muskeln, die der Körper überhaupt hat.

Das Lungenbad beim Wandern belebt das Blut und trainiert das Herz, die große Blutpumpe. Bei ruhigem Gehen auf bequemen Wegen steigt der Puls von 75 auf 90, und jeder Herzschlag freibt eine größere Blutmenge durch den Körper. Dabei ist indessen keine Überanstrengung des Herzens zu befürchten, denn die körperliche Ermüdung lehrt der Wanderung ein Ziel. Dr. Leo Zuntz schließt seine hygienisch-klimatische Würdigung des Wanderns mit den Worten: „Es ist daher das Wandern besonders geeignet für die Jugend, deren Herz noch in der Entwicklung begriffen ist.“

Über auch für die älteren Völker ist das Wandern ein vortreffliches Prophylactikum gegen die Krankheiten der zweiten Lebenshälfte (Bluthongestionen, Krampfadern, Hämorrhoidalbeschwerden, asthmatische Ansetzen, Vorboten der Gicht, Synchondrie, Syphilis usw.).

Wer seine freie Zeit zu regelmäßigen Spaziergängen benutzt, wer auch in der Großstadt nicht jede kleinste Strecke fährt, sondern möglichst viel von seinen Wegen zu Fuß zurücklegt, wird bald dahin kommen, auch größere Touren ohne jede Anstrengung und mit gesundlichem Nutzen durchzuführen. Der beständige Luftkontakt und die Bewegung in frischer, freier Luft ist die Hauptsache. Darin beruht das Geheimnis der Widerstandsfähigkeit des Organismus gegen Bazillen, Erkältungen und andre Krankheitsursachen, das Geheimnis der Gesundheit und Langlebigkeit.

Darum, Kollegen, halset euch nicht so viel im Zimmer auf, sondern geht — hinaus ins Freie!
Schwerin i. M. R. Groh.

□ □ Achte Generalversammlung □ □ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Danzig

Der Empfang in Danzig.

Der größte Teil der Delegierten traf bereits im Laufe des Sonnabends, nach einer nichts weniger als abwechselungsreichen Eisenbahnfahrt durch weite Strecken der Provinz Westpreußen, in Danzig ein. Wir wollen es dahinstellen lassen, ob es zutrifft, was ein Kollege ausrechnete, daß es ungefähr fünfzig Delegierte näher nach Paris gehabt hätten als nach dem nordischen Benebiss. Jedenfalls aber mußten die meisten von ihnen weite Strecken zurücklegen, ehe sie ans Reiseziel gelangten.

Am so freudiger traf die Stimmung der Danziger Kollegen schon beim Empfange der Delegierten zutage über den Zutritt des Verbandes zum Parlament in den Mauern Danzigs. Und gelegentlich des zwanglosen Zusammenkommens aller Teilnehmer am Sonnabendabend in den unteren Räumen des „Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses“, des prächtigen Tagungslokals untrer diesmaligen Generalversammlung, kam dieses freudige Gefühl der Danziger noch deutlicher zum Ausdruck.

In dem jedem Delegierten eingehändigten Selbstbuche, das in typographischer Hinsicht eine sehr anerkanntenswerte Leistung darstellt, war für Sonntagmorgen eine Besichtigung der Stadt vorgesehen, die an historischen Sehenswürdigkeiten die Hülle und Fülle bietet und mit ihrem betriebenen Schiffsverkehr auf der Weichsel interessante Einblicke bei jedem hinterläßt, der zum ersten Male der alten Hansestadt einen Besuch abstattet.

Am 12/1. Uhr erfolgte die Eröffnung der äußerst reichhaltigen Druckenausstellung in der Feinkammer (Stöcksaal), die vom Verbands- der Deutschen Typographischen Gesellschaften in bekannt musterfähiger Weise veranstaltet worden war. Kollege Dreßler (Leipzig) eröffnete die Ausstellung mit einer Ansprache, in der er hinwies auf die intensive Befähigung der Gehilfenschaft für die berufliche Fortbildung. Die in dieser Hinsicht zu verzeichnenden Resultate seien um so höher zu veranschlagen, als die Förderung dieser Bestrebungen nur nach beendiger Tagesarbeit möglich sei. Die Berufsfröndigkeit sei wohl in wenigen Gewerben so stark ausgeprägt wie gerade bei den Buchdruckergehilfen. 75 derartige Ausstellungen wie die in Danzig seien innerhalb eines Jahres im Deutschen Reiche veranstaltet worden. Aber auch das Vortragswesen werde in jeder Beziehung gepflegt zur Förderung des technischen Könnens sowohl wie der Allgemeinbildung. 60 Meisterprüfungskurse wurden bisher veranstaltet vom Verbands der Deutschen Typographischen Gesellschaften, danebenher liefen durchgehende Lehrkurse in allen sachtechnischen und Dialektlehren. Insgesamt seien im Jahre 1912 an 35000 Mark aufgewandt worden seitens der typographischen Verbandsvereine für die Fortbildung des Gehilfenschafts-Könnens der Gehilfenschaft. Mit dem Wunsche, daß dieses emsige Streben im Interesse des Buchdruckergewerbes auf allen Seiten die rechte Würdigung finden möge, schloß der Redner seine Ausführungen unter dem lebhaftesten Beifalle der zahlreich Erschienenen. Der Besuch der Ausstellung war überhaupt während ihrer ganzen Dauer ein überaus lebhafter.

Am Sonntagnachmittag fand im „Gewerbehause“ eine öffentliche Versammlung statt, zu der Kollege Albrecht (Köln) ein Referat über „Die christliche Gewerkschaftsbewegung“ hielt. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß Redner und Thema auf die aus fast allen Druckorten des Gaus erschienenen Kollegen eine starke Anziehungskraft ausgeübt hatten. Auch zahlreiche Delegierte waren anwesend, um den auf praktische Erfahrungen gestützten anschaulichen Darlegungen des Gauvorsitzers von Rheinland-Weiskalen zu lauschen. Braufender Beifall belohnte den Redner für sein den westpreußischen Kollegen bewiesenen Entgegenkommen und für den vortrefflichen Vortrag. Mit

einem kräftigen Appell für treue gewerkschaftliche Pflichterfüllung fand die Versammlung ihren Abschluß.

Den Höhepunkt der Veranstaltungen zu Ehren der Delegierten bildete der Begrüßungskommers im großen Saale des „Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses“, der bis auf das letzte Plätzchen besetzt war. Nicht nur aus dem Gau Westpreußen waren alle Verbandskollegen erschienen, die es nur irgendwie ermöglichten konnten, den Gauvortrag aufzusuchen, um am Begrüßungskommers teilzunehmen, sondern auch aus den Nachbargauen Ostpreußen und Posen waren zahlreiche Kollegen als Gäste vertreten. Darüber hinaus nahm selbst die Öffentlichkeit am Stattfinden der Generalversammlung in Danzig einen gewissen Anteil. Das zeigte sich zunächst in der Presse. In dem Begrüßungsartikel der „Danziger Zeitung“ (H. W. Kaufmann) heißt es u. a.:

Die sich hier versammelnden repräsentieren den Verband der Deutschen Buchdrucker, eine der ersten und vielfach als musterfähig angesehenen gewerkschaftlichen Arbeitnehmervereinigungen unseres Vaterlandes, der fast 95 Proz. aller Arbeitnehmer des Buchdruckergewerbes angehören, deren Leistungen wohl von keiner gewerkschaftlichen Organisation mit gleicher Mitgliederzahl übertroffen werden. Vor allem ist in dem Wirken des Verbandes von besonderem Werte, daß es in den letzten Jahrzehnten stets gelungen ist, in den schwierigsten Tariffragen und den mancherlei Tarifkämpfen zu einer gütlichen festen Vereinbarung mit der Arbeitgeberseite zu gelangen und so Frieden, Ansehen und wirtschaftliche Eintracht im Buchdruckergewerbe zu wahren.

Das Danziger Arbeiterorgan, die „Volkswacht“, bewillkommelte die Generalversammlung in einem längeren, sich auch gegen die Geharbeit des Gausenverbundes wendenden Artikel, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Es ist das erste Mal, daß eine Gewerkschaft ihren Verbandstag im Osten Deutschlands abhält; das erste Mal, daß ein Arbeiterparlament in Danzigs Mauern tagte. Die Buchdrucker sind auf gewerkschaftlichem Gebiete bahnbrechend vorangegangen, so auch jetzt in der Wahl des Dries zur Abhaltung der Generalversammlung. Ein für die moderne Arbeiterbewegung schwer zu bearbeitender Boden ist es, auf dem die Tagung erfolgt.

Wohl keine Organisation der freien Gewerkschaften „erfreut“ sich zurzeit so großer Aufmerksamkeit seitens der verschiedensten Kreise, wie der Verband der Deutschen Buchdrucker. Fast die gesamte bürgerliche Presse, ohne Unterschied der Richtung, macht Front gegen diese Organisation.

Wir wünschen dem Verbands weiteres Blühen und Gedeihen, damit er der Schwierigkeiten, die sich gegen ihn ankümmern, Herr werden und allzeit eine feste Burg für seine Mitglieder bleiben möge. Wir haben die feste Zuversicht, daß die Steuerleute das Verbandsmitglied bisher, so auch in Zukunft, durch alle Kämpfe hindurch, die dem Gausenverbände zuzukommen werden, nicht im Stich lassen werden. Wir wünschen auch wackeren Arbeitern, die unser schweres Schicksal hinführen einen feinsten Boden für die moderne Arbeiterbewegung bearbeiten, die ihr Alles daran setzen, um die Ideale der Arbeiterschaft der Verwirklichung näher zu bringen.

Der Magistrat der Stadt ließ allen Delegierten einen schön ausgestatteten Führer durch Danzig überreichen und entsandte außerdem Herrn Stadtrat Loop zum Begrüßungskommers. Eingeleitet wurde der Kommers durch einige vorzüglich zum Vortrage gebrachte Konzertstücke der Kapelle des Danziger Fuhrartillerieregiments. Im Anschlusse daran brachte der stimmlich gut besetzte Kollegengangsverein eine ihm von seinem früheren Dirigenten — einem jungen Lehrer — gewidmete Hymne „Gutenberg in Ehren“ mit Orchesterbegleitung sehr wirkungsvoll zum Vortrage. Der Umstand, daß der gesungene Leiter des Vereines infolge seiner Einberufung zum Militär seine Komposition nicht selbst dirigieren konnte, beeinflusst die gelungene Wieder-

Silhouetten vom Markt des Lebens

Der Schriftfeger. (Schluß.)

Die graue Allgemeinheit des braven Völkchens ist dem Sternsprache Lauffers:

Wer nicht liebt Wein, Weib und Gesang,
Der bleibt ein Narr sein Lebentag!

leidenschaftlich zugehen. Was den ersten Artikel betrifft, so sind die Herren, namentlich in Norddeutschland, freilich häufig auf ein Surrogat, das Bier, angewiesen. Es fließt in Strömen bei ihren gesellschaftlichen Zusammenkünften, deren sie sehr viele zu veranstalten wissen. Sie feiern meist ihre Geburts- und Namenstage mit tüchtigem Zechen im eblen Gerstenkaff, indem sie es für kollegialität halten, daß jeder, dem ein solcher Ehrentag eben zufällt, mit seiner Spende an die Gesamtheit seiner Kunstbrüder dem Schöpfer für Geburt und Leben dankt. Sie stehen also hinsichtlich ihrer feierlichen Tage in gleichem Range mit gekrönten Säulern, die sich nicht, wie die niedrig Geborenen, beschenken lassen, sondern selbst die Schenkenden sind. Man hat den Zechern häufig eine zu große Liebe feurriger Getränke, zu seltigen Wirtschaftsbetrieb, zum Vorwurfe gemacht. Aber wer kann es ihnen verargen, daß sie den Geist, welchen sie bei der unfähig langweiligen Tagesarbeit in den Manuskripten der Autoren so selten finden, abends bei der Flasche luchen?

Das Frauenzimmer bildet meist einen stehenden Gesprächsgegenstand in den Zechern. Hier kann ich leider meinen lieben Freunden einen bitteren Vorwurf nicht ersparen. Sie sind zu derb und rücksichtslos in ihren Äußerungen über das schöne Geschlecht. Weibliche Zu-

hörr dürfen ihnen beim ersten Worte leicht für ewig gram werden. Sie sehen und verfolgen in der Liebe nichts als den rohen Sinnengenuss, und zwar mit solcher Leidenschaft, daß es sicher in jeder größeren Druckerei einige Don Juans, Lovelaces und Katanovas gibt. Die Möglichkeit einer platonischen Neigung ist ihnen meist ein Räffel und Gegenstand des Spottes. Wenigstens gefallen sie sich darin, diese rohe Seite herauszukehren, wenn es auch im Innern viel besser und gemäßigter aussehen mag. Man hilft sich sorgsam; den Kunstgenossen eine stille, reine Liebe zu verraten, denn das Käufeln und Sudeln bliebe schwerlich aus, wird bis zum Auerträglichsten gesteigert und endet erst, wenn die Hochzeit des Unvorstelligen gefeiert wird — bei welcher erfreulichen Begebenheit er natürlich enorme Wertpenden zu entrichten hat —, um nach derselben in einem neuen, kaum minder ungarigen Genre wieder zu beginnen. Ich habe mir in früherer Zeit viel Mühe gegeben, den Grund dieser, für eine gewisse Periode ihres regen Wirkens fast allen Jüngern der Kunst Gutenbergs eigenümlichen inneren Verhärtung zu erklären, fand indes nichts Trefflicheres, als die historische Tatsache, daß der große Meister selbst als Hagestall lebte und starb. Wie unlosig diese Bemerkung auch aussehen mag, die Hypothesen mancher berühmten Altersuntersucher und Shakelpeare-Kommentatoren stehen auf keinen festeren Füßen.

Ein gar hübscher und rühmenswerter Zug im Charakter der Schriftfeger, wie der Buchdrucker im allgemeinen, ist dagegen ihr brüderliches Aneinandererschließen, ihr uniger allseitiger Verband, der unter den größeren deutschen Städten namentlich in Frankfurt a. M., Berlin, Leipzig, Hamburg, Köln, Braunschweig gefunden wird. Obwohl die Genossen der freien Kunst alles, was sie dem fünfzig Nüderen, dem handwerksmäßigen Weiblichen gleichstellen würde, mit einer

off humanen Anglichkeit zu vermeiden suchen, ihrem Künstlerertrag unter keiner Bedingung etwas vergeben, eine Nichtanerkenntung desselben als die herbe, verletzende Beleidigung betrachten, hielten sie es doch ihrem Gemeinwohl äußerst zuträglich, den Handwerkerinnern manche freifliche Gebräuche und Einrichtungen zu entlehnen.

Die Buchdruckergehilfen haben keine Kerbgen, wohl aber anständige Lokale, wo sie sich nach vollbrachtem Tagewerke zu hefter, freilich sehr oft lärmender und ausgelassener Erholung zusammenfinden. Nicht selten bildet sich in größeren Städten, aus den verschiedenen Offizinen erlesen, ein Klub, eine Harmonie, eine Beleggesellschaft, wo es fast so anständig, freilich auch so langweilig ruhig, wie in den Beleggesellschaften der Fußkrähe hergeht. Ja, ich weiß Beispiele von Schriftfegerhabern und Schriftfegerhaberschaaren, von ihnen arrangiert und auf die Dauer erhalten, an denen die Gite, des Mittelstandes einer nicht unbedeutenden Reizend leidenschaftlichen Anteil zu nehmen nicht verdammt, Liebe der bekannte Dramaturg und Bühnendruckfeller Klingemann noch, er könnte mir bezeugen, daß sich, vor 15 Jahren etwa, in Braunschweig ein Buchdruckerliebhabertheater gebildet hatte, dessen Vorstellungen er mehrere Winter hindurch mit dem lebendigsten Interesse besuchte, dessen feiner Turniere und meist talentvollen Mitgliedern er die aufrichtigsten Lobspüche nicht verlagern konnte. Ja, ja die Atmosphäre des Schrifttums äußert einen höchst merkwürdigen Einfluß auf die geistigen Lungen.

Auch die Schriftfeger, wenn es sein muß, wandern, trotz ihres Künstlerertrages, der bis zu ihrem letzten Lebensaufser ihnen einziger Trost im schmerzlichen Berufsleben nicht anerkanntes Verdienstes ist, gleich den Handwerksburschen, sich meist ihrer gefunden Beine als Equipage

da im Jahre 1848 die ständige Kommission der Buchdrucker einen Aufruf an die Kollegenchaft Deutschlands herausgab, worin die Grundgedanken enthalten waren, die später zur Gründung un'rer Organisation geführt haben und auch heute noch für unsern Verband von größter Bedeutung sind. Besonders gilt dies für die Idee, daß Gesellen und Prinzipale im Buchdruckgewerbe zusammenarbeiten müssen, um Mißstände in unserm Gewerbe zu beseitigen. Ferner werden es in diesem Jahre 25 Jahre, daß der Sitz des Hauptvorstandes nach Berlin verlegt wurde. Das erweckte Erinnerungen an die schweren Bedrückungen der Arbeiterorganisationen durch die Regierungen und die Polizei in damaliger Zeit, die es aber doch nicht verhindern konnten, daß unser Verband dank seiner vorläufigen Taktik auch diese gefährlichen Klippen unschiffte und sogar als „königlich preussischer Gewerkeverein“ den schweren Kampf von 1891 durchgeschlagen hat. Es hat also auch die staatliche Aufsicht nicht verhindern können, daß wir auf dem uns am zweckmäßigsten erscheinenden Weg Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen wußten. Damals schon hat unser Verband die Feuerprobe bestanden und auch kennen gelernt, was es heißt, solche Kämpfe durchmachen zu müssen. Aber heute können wir doch konstatieren, daß der eingeschlagene Weg der richtige war und jene im Unrecht waren, die bei Schaffung der heutigen Tarifgemeinschaft andre Wege zu gehen suchten und die Fahne der Rebellion erhoben hatten. Heute können wir sagen, daß wir eine Tarifgemeinschaft haben, die als aussergewöhnlich angesehen wird. Und heute zeigt es sich auch, daß nicht die Gehilfenschaft gegen den Tarif ist, sondern außerhalb unsres Gewerbes stehende Kreise, die ihrerseits wieder mit aller Macht darauf hinarbeiten, die Unternehmer im Buchdruckgewerbe gegen die Tarifgemeinschaft aufzuwiegen. Das beweist am besten die Haltung der Prinzipale, besonders in Rheinland-Westfalen. Wenn es trotzdem gelungen ist, bei der vorjährigen Aussprache mit dem Vorstande des Deutschen Buchdruckervereins und auch bei der letzten Tarifauschüttung festzustellen, daß innerhalb der Prinzipalität die Friedensliebe überwiegt, so ist das ein moralischer Erfolg für unsre Organisation, der nicht hoch genug zu bewerten ist. Dem entsprechend haben wir aber auch unsre ganze Verbandstaktik einzurichten. Unsre langjährigen Erfahrungen müssen dabei in genügender Weise bei allen unsren Beschlüssen und Maßnahmen berücksichtigt werden; daraus werden sich auch die richtigen Wege für die Zukunft ergeben. Das wird uns so leichter zu erwarten sein, als der Verbandsvorstand mit Genehmigung feststellen kann, daß die Beziehungen zwischen Verbandseitung und Mitgliedern im allgemeinen sehr befriedigend sind. Dieses Einverständnis mit so vielen Tausenden Mitgliedern ist für den Verbandsvorstand der beste Beweis für die Richtigkeit seiner Taktik. Allerdings gebe es auch unangenehme Begleiterscheinungen, wie z. B. der in der Periode seit der Hannoverischen Generalversammlung vorgekommene Skandal mit dem Berliner Kaffakollegen, wo der Verbandsvorstand, der in dieser Beziehung war, mit scharfen Publikationen den Verbandsvorstandpunkt zu wahren. Aber heute befindet sich der Verbandsvorstand erfreulichere Weise auch im Einklang mit diesen Kollegen, ja sogar mit der gesamten Kollegenchaft. Mit dem Wunsche, daß die Beschlüsse und Anordnungen der diesmaligen Generalversammlung sich mit den Wünschen des Verbandsvorstandes decken möchten, schloß Böblin seine Einleitung zur Aussprache über den Bericht des Vorstandes und die Genehmigung des Rechenschaftsberichts.

Eiffer gibt einige spezielle Erläuterungen zum Rechenschaftsberichte, die den Delegierten eine genauere Beurteilung der Tragweite der vorliegenden Anträge zu den Unterstützungsvereinigungen ermöglichen.

Muffia erklärt sich mit dem Geschäftsbericht und den Ausführungen Böblins einverstanden, besonders auch hinsichtlich der Haltung des Verbandsvorstandes den Sparfen gegenüber. Die Kürze des Jahresberichts findet dagegen nicht seinen vollen Beifall; es sollte darin mehr Aufklärungsmaterial geboten werden.

Schweinebein wünscht gleichfalls einen ausführlicheren gedruckten Rechenschaftsbericht. Er sollte mehr Informationsmaterial für die in der gewerkschaftlichen Mission tätigen Kollegen enthalten. Gegenüber den Angriffen von Unternehmerseite wie auch gegen die Verleumdungen im „Typograph“ wäre eine andre Abwehrmethode in der Weise ins Auge zu fassen, daß sie auch den Kreis zur Kenntnis kommt, für die sie eigentlich bestimmt ist. Ferner sollte mehr als bisher versucht werden, jene bürgerlichen Blätter, die dem Gutenbergsbunde Schriftmacherdienste leisten, durch Einsendungen von Gegendarstellungen vor die Alternative zu stellen, ihre angebliche Objektivität öffentlich von Fall zu Fall bekunden zu müssen.

Darauf entsteht eine kurze Geschäftsordnungsdebatte über die Zweckmäßigkeit eines Antrags von Steinhardt bezüglich der Verteilung von Aufklärungsmaterial an die Delegierten der Generalversammlung. Eine Abstimmung ergibt die Mehrheit für einen Antrag, wonach jeder Delegierte das Recht hat, ihm geeignet erscheinendes Aufklärungsmaterial an die Delegierten der Generalversammlung zu verteilen.

Albrecht (Söbn) weist darauf hin, daß im Jahresberichte die wichtigsten Vorgänge alle beleuchtet sind. Die Kritik der Prinzipale an dem vorjährigen Geschäftsberichte des Tarifamts ist bezeichnend für eine sehr einseitige Beurteilung des Verhältnisses dieser Kreise zu der Tarifgemeinschaft. Wenn das Tarifamt das Verhalten der Gehilfenschaft kritisiert, dann finden das diese Herren als etwas Selbstverständliches, geschieht das gleiche aber auch den Prinzipalen gegenüber, dann wird das dem Tarifamt sehr übel vermerkt. Die Abwehr des „Korr.“ gegen die Angriffe des Gutenbergsbundes werde in manchen Gauen

und Bezirken als sehr notwendig gefunden und begrüßt. Er habe die Erfahrung gemacht, daß die Werbestraft des Gutenbergsbundes nur dort in Erscheinung trete, wo Proformal zu Hause sei, und andererseits habe schon manche angelegte Agitationsverlammlung des Bundes gar nicht abgehalten werden können, wenn die Verbandsmitglieder sich davon ferngehalten haben.

Er beklagt in längeren Ausführungen die Haltung des Verbandsvorstandes gegenüber der Karlsruher Mitgliederschaft, besonders in Sachen der Karlsruher Maschinenfabrik. Der Karlsruher Ortsvorstand habe sich bemüht, die daraus entstehenden Differenzen örtlich zu regeln, aber dabei beim Verbandsvorstand keine Unterstützung gefunden. Die Karlsruher Mitgliederschaft sei nicht radikaler als jede andre Mitgliederschaft auch, aber sie habe mit einer sehr extrem gerichteten Prinzipalität zu tun. Infolgedessen liegen die Verhältnisse im allgemeinen in Karlsruhe sehr im argen, und demgegenüber schreibt der Verbandsvorstand von unberechenbaren Handlungen der Karlsruher Mitgliederschaft bzw. deren Leitung. Der Ortsvorstand hat das größte Bestreben, sich den Wünschen des Zentralvorstandes zu fügen, aber es sollte dabei berücksichtigt werden, daß die Haltung einzelner Prinzipale in Karlsruhe dieses außerordentlich erschwert.

Böblin rechtfertigt das Verhalten des Verbandsvorstandes in den Differenzen mit der Karlsruher Mitgliederschaft und weist nach, daß der Verbandsvorstand es nur abgelehnt habe, in einer Streitfrage weitere Schritte zu unternehmen, da der Karlsruher Ortsvorstand gleichzeitig auch noch andre Instanzen in der gleichen Sache angerufen habe. Der Verbandsvorstand habe kein Verlangen nach Konflikten mit einzelnen Mitgliedern und würde sich sehr freuen, wenn es in der Zukunft möglich wäre, in Karlsruhe einen weniger impulsiven Weg einzuschlagen und die Berücksichtigung der allgemeinen Verbandsinteressen und nicht örtliche Strömungen immer die Oberhand hätten.

Dies findet eine Erweiterung des Jahresberichts nicht vorteilhaft, da das Buch sonst zu dick und dann weniger gelesen werde als jetzt. Aber es sollte eine gewisse Spezialisierung des Kassenberichts ins Auge gefaßt werden. Dadurch würde mancher Antrag auf Unterstützungsverböbung in Zukunft unterbleiben. Die Kassenrevisionen sollten sich bis auf den letzten Tag erstrecken.

Nachmittagsitzung.

Domine spricht über die gewährten Darlehen von Seiten des Verbandsvorstandes, die man näher kennen lernen will, und erklärt dann, daß es nicht anginge sein kann, wenn jeder seinen Unwillen über irgend etwas durch Broschüren usw. Ausdruck geben darf. In Frankfurt a. M. hat ein Karlsruher Redner Ausführungen in einer Versammlung gemacht, die zu beanstanden gewesen seien.

Großher stellt fest, daß betreffs der Meisterprüfungen von Gehilfen und auch vom „Korr.“ alles geordnet sei. Aber die Prinzipale haben bis jetzt sehr wenig getan in dieser Beziehung. Die Gehilfen, die die Meisterprüfung bestanden haben, sollen sich auch entsprechend bezahlen lassen. Man soll abwarten, was die Prinzipale tun werden, um die technische Befähigung der Gehilfen mehr zu fördern.

Kindenau spricht über die Agitationsweise des Gutenbergsbundes. In Freiburg i. B. habe man in der Tagespresse dagegen Front gemacht, damit von blinderlicher Seite nicht schon die jüngsten Lehrlinge in ihren Anschauungen veräffelt werden und schildert dann einen Fall, wie von einer Firma selbst für die Lehrlinge schon für den Gutenbergsbund gearbeitet wird.

Bär plädiert dafür, daß von der Verbandseitung für die Einhaltung der Bundesratsvorschriften Hinweise gegeben werden. Die Gavourstände sollen gewisse Vorschriften erhalten, wie in dieser Hinsicht mehr geschehen kann.

Badius bringt den Konflikt bei der Firma Soemmedien in Bonn zur Sprache. Der Geschäftsführer habe versprochen, die Firma werde den Tarif auch schriftlich anerkennen, damit sie die erforderlichen Arbeitskräfte erhalten kann. Der Sohn des Firmeninhabers habe denn aber erklärt, daß nur wegen der 16 Buchdrucker eine Tarifanerkennung nicht erfolgen könne, denn die Firma beschäftige Tausende von andern Arbeitern. Die Gehilfen haben dann aufgehört. Der Verbandsvorstand hat aber in diesem Konflikt eine Entscheidung getroffen, die den Vorstand in Bonn nicht befriedigen kann. Es muß den schwierigen Verhältnissen in Rheinland-Westfalen auch in dieser Richtung etwas mehr Rechnung getragen werden.

Böblin erklärt, daß der Verbandsvorstand gerade in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse in Rheinland-Westfalen so viel geschehen handeln mußte. Hausdruckereien in Fabrikbetrieben können nicht behandelt werden wie jede andre Druckerei. In Bonn hat man erst kündigen lassen und sich dann mit dem Gau- und dem Verbandsvorstand zu verständigen gesucht. Nun sind die dortigen nichtorganisierten Gehilfen herausgegangen, der Verband soll die materiellen Opfer tragen, und andre nichtorganisierte gehen hinein in die Druckerei von Soemmedien. Die Mitgliederschaft zum Verbandsrat darf nicht dadurch erworben werden, wenn man den uns fernstehenden Gehilfen Streikunterstützung bezahlt. Sie muß von vornherein begehrenswert erscheinen.

Knoblauch führt aus, daß man nicht jeden Unbesenen in die Organisation aufnehmen soll. Der Rechenschaftsbericht hat erfreulichweise eine Anerkennung gefunden, wie es wohl noch selten der Fall gewesen. Kleine Monita sollte man dem Verbandsvorstand übermitteln, aber nicht auf der Generalversammlung vorbringen. Den Jahresbericht zu erweitern, liegt keine Veranlassung vor, denn die Kollegen haben im allgemeinen nicht das nötige Interesse dafür. Wir brauchen doch wirklich kein Agitationsmaterial mehr, wie andre Organisationen es noch notwendig haben. Der „Korr.“ mit seinem dreimaligen Erscheinen tut genug

zur Orientierung. Die Gewerkeinspektion besser zu fördern durch Vorschriften des Verbandsvorstandes, das sei doch wohl ausgeschlossen. Allgemeiner Befriedigung könnten wir so nicht erzielen.

Steinhardt möchte die Stimmung eines großen Teils der Hamburger Mitglieder durch die Erklärung aufzuklären, daß sie nicht mit allen Maßnahmen des Zentralvorstandes einverstanden seien. Dieser stehe im allgemeinen den auf selbständige Befähigung der Mitglieder gerichteten Bestrebungen zu einseitig und engherzig gegenüber. An der Hand der speziellen Vorgänge in Hamburg sucht Redner den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen. Es sei nötig, aus der Masse der Mitglieder heraus dem Verbandsvorstande neue Anregungen zu übermitteln. Sobald aber die Kollegenchaft zu bestimmten Vorgängen selbständig Stellung nehmen wolle, käme der Dämpfer. Das lähme und ersticke das Leben in der Organisation. Dieser Tatsache gegenüber müsse gefordert werden, daß den Mitgliedern und Bezirken von der Zentralleitung von Zeit zu Zeit kurz gefaßte Berichte zugehen über die jeweilige Situation und über die bestehenden Absichten. Was bisher auf dem Zirkularwege geschehe, sei zu wenig, es frage nicht einmal den Anforderungen der Gavourstände Rechnung. Zum Konflikt in der Grobeinkaufsgesellschaft in Hamburg übergehend, bemerkt Redner, daß Böblins Eingreifen den von den Gehilfen gewünschten Ausgang nicht gezeitigt habe. Er müsse vielmehr betonen, daß das im Interesse der Gehilfenschaft begonnene Werk als verloren zu betrachten sei, wenn eine sich noch bietende letzte Gelegenheit unbenutzt gelassen werden sollte. Dem Verbandsvorstande müsse verlangt werden, daß er den Mitgliedern das Vertrauen entgegenbringt, daß diese auch bei selbständigem Vorgehen im Organisationsinteresse entsprechend zu handeln verständen. Die Unterdrückung jeder Berichterstattung über den Hamburger Konflikt habe in weiten Mitgliederkreisen böses Blut gemacht. Das schamhafte Vorgehen Kaufmanns rechtfertige solche Rücksichtnahme durchaus nicht. Die Öffentlichkeit dürfe den Mitgliedern keineswegs vorenthalten oder gesperrt werden. Den Gavourständen müsse Gelegenheit gegeben werden, aus Eignem etwas mehr für die bessere Aufklärung der Mitglieder zu tun wie bisher. Dadurch würde der vielerorts zu verzeichnenden Teilnahmslosigkeit der Mitglieder vorgebeugt werden.

Böblin betrachtet es als ausgeschlossen, daß es je einem Verbandsvorstande gelingen werde, den Kollegen Steinhardt zu befriedigen, weil seine Ansichten mit richtiger Gewerkschaftspolitik gar nicht in Einklang zu bringen seien. In diesem Punkte sei Steinhardt außerdem sehr wandelbar; das habe er seinerzeit bei seiner Berichterstattung über die Kölner Generalversammlung in Hamburg bewiesen. Heute so, morgen so. Steinhardt wolle unter allen Umständen nur den Beifall der Masse, was aber dabei an praktischen Erfolgen für den Verband herausschmeiße, scheiße ihm ganz gleichgültig zu sein. Steinhardt's Ideen und Vorschläge seien im allgemeinen so: daß man, wenn sie praktisch zu verwirklichen gesucht würden, in ganz kurzer Zeit nicht mehr ein noch aus wüßte. Seine Wege seien solche, die gegangen wurden, als die Gewerkschaften noch in den Kinderstube steckten. Heute sei für uns jede Handlung viel verantwortungsvoller und schwerwiegender. Darum müßten wir uns über faktische Fragen in engeren Kreisen aussprechen; im „Korr.“ gehe das nur bebingterweise. Für ihn (Böblin) sei nur das wichtig, was erreicht ist. Nicht darauf komme es an, daß man sich nur gegenseitig in den schärfsten Ausdrücken die Meinung sage, sondern eine Verständigung suche.

Schweinitz wendet sich in verschiedenen Punkten gegen die Ausführungen Steinhardt's, der unbeherrschbar sei. Aus den Ausführungen der bisherigen Redner zum Rechenschaftsberichte des Verbandsvorstandes gehe doch hervor, daß letzterer nicht derart rückständig in seinen Auffassungen sei, wie Steinhardt annehme. Es sei geradezu eine Verleumdung der Funktionäre, wenn man ihnen nicht vertraue, aus dem „Korr.“, der „Zeilenschrift“ und sonstigen jedem zur Verfügung stehenden Quellen sich ein treffendes Bild zu machen, um es den Mitgliedern zu übermitteln. Die vom Verbandsvorstande verlangten kurzgefaßten Situationsberichte würden auch nur dessen persönliche Anschauung widerspiegeln, was sicher auch nicht der Steinhardt'schen Auffassung Rechnung frage. Was er verlange, hätte selbst in der Zeit nicht durchgeführt werden können, als keine Tarifgemeinschaft bestand, um wie viel weniger könne es heute geschehen. Das im Rechenschaftsberichte betonte gute Verhältnis des Verbandsvorstandes zu den Sparfen ist gewiß erfreulich, es müsse dieser Tatsache aber auch in den Veröffentlichungen der Sparfen etwas mehr Rechnung getragen werden, als es häufig geschehe.

Brüpper gibt hierauf eine kurze Schilderung des Konflikts bei der Grobeinkaufsgesellschaft. Im Gegensatz zu Steinhardt müsse er sagen, daß auf Seiten der beteiligten Mitglieder nicht von vornherein das Gefühl bestanden habe, daß durch das Eingreifen Böblins die Angelegenheit keine Förderung erfahren werde. Das bestehende Mißtrauen sei vielmehr auf den von Kaufmann eingenommenen Herrenstandpunkt den geltend gemachten Forderungen gegenüber zurückzuführen gewesen. Redner gab ohne weiteres zu, daß gegen die faktischen Bestimmungen verstoßen worden sei. Dessen seien sich die Gehilfen auch von vornherein bewußt gewesen. Archdem dürfe man die Dinge nicht nur unter diesem Gesichtswinkel betrachten. Die im Laufe der Zeit durch das Verhalten Kaufmanns bei verschiedenen Anlässen aufgespeicherte Mißstimmung habe eben zum Konflikte gebrängt. Es seien faktische Streitfälle zu verzeichnen gewesen, die mit dem genossenschaftlichen Charakter des Unternehmens nicht vereinbar waren. Kaufmann gewann es über sich, alle von

den Arbeitern im Interesse der Ordnung erhobenen Ansprüche glatt abzuweisen, sogar der Forderung auf Anerkennung der Beschlüsse dem Arbeiterausschusses feste Widerstand entgegen, so daß dessen Wirksamkeit seit 1909 unterbunden sei. Dagegen verschaffe Kaufmann in der Gegenüberstellung der Beschlüsse dem Arbeiterausschuss die Unterstützung der bürgerlichen Betrieben dem Stillestehen, weil er nicht einsehen konnte, daß ein junger Gehilfe ebenso viel verdienen sollte wie ein älterer oder verheirateter. Außerdem machte er von den Prinzipalen nur Forderungen zugestanden Arbeitsverlängerung der Maschinenheber Gebrauch. Trotz des 150.000 Mk. betragenden Reintüberschusses der Verlagsgesellschaft wurden die Gehilfen mit ihrer Forderung einer Steuererhöhung, wie sie in vielen Geschäften gewährt wurde, abgewiesen, weil die geschäftliche Lage ein derartiges Entgegenkommen nicht gestatte. Als Gehilfen entlassen wurden, die Nebenbetriebe unterhielten, wäre lediglich verlangt worden, Entlassungen erst nach vorheriger Verständigung mit dem Personale vorzunehmen, aber auch das sei abgelehnt worden. Die von der Verlagsanstalt nach Beendigung des Konfliktes herausgegebene Broschüre an die Konsumvereine gebe den Sachverhalt in verschiedener Beziehung nicht einwandfrei wieder. Die in Betracht kommenden drei Kollegen hätten sich nicht beharrlich geweigert, der Unterfütungsstelle beizutreten. Die Vertrauensleute hätten Neueintretende zum Eintritt aufgefordert. Dessenungeachtet müßte aber doch die Anwendung jeglichen Zwanges entschieden unterbleiben. Fröpper erucht am Schluß seiner Ausführungen die Generalversammlung, die Sachlage unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, daß den Konsumgenossenschaften und damit auch ihrer Zentralstelle zur Pflicht gemacht wird, über Arbeiterforderungen wenigstens zu verhandeln. Die „Solgarbeiterzeitung“ hatte recht, wenn sie schrieb, man könnte es verstehen, wenn Kaufmann in seiner Stellung einen gewissen Unternehmerstandpunkt einnehme, den Unternehmerhochmut aber brauche er nicht nachzuahmen.

Döbling vermißt in den Ausführungen Fröpfers eine Begründung, weshalb es nötig war, durch den Verstoß gegen die Vorschriften des Tarifs die Position der Gehilfen zu verschlechtern. Wo später geleint werden mußte, hätten bei einem korrekten Vorgehen auf Gehilfenseite tarifliche Rechte geltend gemacht werden können. In diesem Falle hätte sich eine viel klarere Situation ergeben. Redner schildert namentlich die Schwierigkeiten der Verhandlungen und stellt die ursprünglichen Vergleichsvorschläge der Geschäftsleitung den endgültigen Friedensbedingungen gegenüber. Für die Verbandsleitung bestesse kein Interesse an der Diskreditierung der genossenschaftlichen Bewegung lediglich deshalb, weil Kaufmann vielen unsympathisch sei. Sie sei verpflichtet, sich bei der Schlichtung jeden Konflikts auf den Gerechtigkeitsstandpunkt zu stellen. Es unterläge gar keinem Zweifel, daß die Gehilfen sich und ihrer Sache einen Gefallen getan hätten, wenn sie etwas weniger übermäßig gehandelt haben würden.

Döbling führt aus, wenn der Verbandsvorstand in Rechenchaftsberichte sein gutes Verhältnis zu den Sparten hervorhebe, so müßte er (Redner) sagen, daß das gleich gute Verhältnis zu dem Gros der Mitglieder nicht bestehe. Man vermisste auf dieser Seite vor allen Dingen eine genügende Aufklärung durch statistisches Material über die technische Entwicklung im Gewerbe. Weiter vermisste man es dem Verbandsvorstande, daß zur Befestigung der Ankenntnis vieler Mitglieder in tariflichen Dingen nichts Durchgreifendes von der Zentralleitung gesehe. Insbesondere müßte eine erhöhte Agitation durch die Mitglieder des Verbandsvorstandes einleiten, um eine Vertiefung der gewerkschaftlichen Bildung der Mitglieder zu erreichen. Es berühre peinlich, wenn man diese Agitation Kollegen überlasse, die dem Verband in einer schwierigen Situation die Stiefel vor die Türe stellten. Schließlich fragte Redner an, worauf es zurückzuführen sei, daß der Gau Rheinland-Westfalen trotz hoher Ausgaben für Krankenunterstützung im Vergleiche zu den übrigen Gauen unverhältnismäßig geringe Beiträge an Ordnungsstrafen für Übertretung der Kontrollvorschriften eingeleite habe.

Albrecht (Köln) kommt nochmals auf den Fall Soemnick in Bonn und auf die Ausführungen von Baldus darüber zu sprechen. Zu der Anfrage Döblings bemerkte er, daß in seinem Gau der Modus bestehe, die wegen Übertretung der Kontrollvorschriften verhängten Ordnungsstrafen gleich von der Krankenunterstützung in Abzug zu bringen.

Steinhardt weiß nach einigen Rückstellungen noch darauf hin, daß in der Druckerei der Großverkaufsgesellschaft, die doch ein Musterbetrieb in jeder Beziehung sein sollte, nach Fertigstellung des Neubaus auch das Berechnen zur Einführung kommen solle. Kaufmann habe tatsächlich zur Verschlechterung von Verhältnissen in bürgerlichen Betrieben beigetragen. Die früher besser waren; er brauche eben nur die Hände der Arbeiter, im übrigen gefesse er ihnen kein Mitbestimmungsrecht zu.

Sahn gibt der Ansicht Ausdruck, die genossenschaftlich organisierten Arbeiter könnten verlangen, daß die Konsumgenossenschaften den gewerkschaftlichen Bestrebungen Stützpunkte und Rückenhalte gewähren. Das sei auch bereits von Gewerkschaftskongressen gefordert und in Resolutionen festgelegt. Statt dessen habe man bei den Vorgängen in Hamburg wahrnehmen müssen, daß die einfachsten tariflichen Anforderungen von Kaufmann verneint resp. abgelehnt wurden, nicht einmal den Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Einsetzung des Arbeiterausschusses kam man nach. In jedem kleinen Konsumverein, an dessen Leitung Arbeiter beteiligt seien, versuche man, wenn irgend anständig, den Abschlußtag durchzuführen, nur die gut prosperierende Großverkaufsgesellschaft interessiere sich für diese Frage nicht. Desto mehr aber für die Einführung aller Verschlechterungen.

Wenn auch Fehler auf unserer Seite gemacht worden seien, so müßte doch gefordert werden, daß dem Geiste der Genossenschaftsbewegung insofern Rechnung getragen werde, daß auf jener Seite der Resolution des Gewerkschaftskongresses größere Beachtung geschenkt wird.

Dreier erklärt gegenüber einer Bemerkung Steinhardts, daß dessen Ausführungen bei der Berichterstattung über die Köhler Generalversammlung in dem jenerzeit im „Korr.“ erschienenen Versammlungsbericht aus Hamburg sinngemäß richtig wiedergegeben worden seien.

Muffall will mit seiner Anerkennung für den Verbandsvorstand nicht gesagt haben, daß die Maschinenheber mit dem Tarifabschluß einverstanden wären.

Egger geht auf die Einwände ein, daß die Rechenchaftsberichte zu kurz gefaßt seien. Der Inhalt sei die Hauptsache, nicht der Umfang. Der „Korr.“ berichte doch über alles sehr ausführlich. Auch die Berichte der Gauvorstände schildern alle Vorgänge eingehend genug. Bei den Darlehen, die Dominé meinte, kämen nur andere Organisationsfragen in Frage. Der Verbandsvorstand begibt im übrigen nur erste Synthesen. In Rheinland-Westfalen tritt nun eine andere Form der Angaben über verhängte Ordnungsstrafen ein. Die Kaszenrevisionen müssen so erfolgen, daß zur gleichen Zeit sämtliche Kaszen revidiert und der Tageskassenbestand festgestellt wird. Vorschriften darüber sind noch zu erweitern, auch vielleicht die Ausweise über die Arbeitslosigkeit. Bei den Umzugskosten kann die gewünschte Detaillierung dagegen nicht so erfolgen.

Döbling drückt in seinem Schlusswort die Befriedigung aus, daß die Tätigkeit des Verbandsvorstandes so allgemeine Anerkennung gefunden hat. Die Rechenchaftsberichte sollen nicht so umfangreich sein, daß sie weniger gelesen werden würden. Einiges statistisches Material könne noch hinzugefügt werden, aber durch das tarifliche Verhältnis ist vieles entnommen, da darüber besondere Orientierung erfolgt. Bei den verlangten Agitationsstunden ist zu bedenken, daß zu viel verabreichte Kost nicht mehr so mündet; was sein muß, wird aber geschehen. Was Steinhardt sich als innere Agitation vorstellt, das kann nicht empfohlen werden. Es geht nach den bisherigen Rezepten besser. Impulsives Wesen und Gefühl ist keineswegs das Richtige. Es sei wirklich erfreulich, daß Verbandsstatistik und Vorstandsarbeit solche Würdigung gefunden haben.

Der Rechenchaftsbericht wird darauf gegen eine Stimme genehmigt.

Döbling führt darauf die Notwendigkeit vor Augen, daß für das Unterfütungsweesen eine Kommission eingeleitet wird. Die Veranlassung ist damit entstanden.

Grafmann erwähnt in der kurzen Generaldiskussion zunächst, daß in Hannover beschlossen wurde, eine andere, gerechtere Regelung eintreten zu lassen. Eine Gauvorsteherkonferenz hat dann mit dem Verbandsvorstand eine Vorlage dazu ausgearbeitet. Leider ist in weiten Mitgliederkreisen aber die viel verlangte worden, daß diese Berichte die Stellung der Arbeiter nicht widerspiegeln. Die Vorlage kann. An Stelle von Egger, der am Sprechen durch Heiterkeit beeinträchtigt ist, bringt er die dagegen sprechenden Motive vor. Die prinzipiellen gewerkschaftlichen Grundzüge sind recht häufig außer acht gelassen. Man ist früher zu weit gegangen im Bewilligen. Wir haben jetzt mit ganz andern Schwierigkeiten zu rechnen, das müßte mehr beachtet werden. In den Leistungen anderer Organisationen wird dargelegt, daß bei uns weit mehr vom Verbandsverband geleistet wird. Unser Nachwuchs verschlechtere sich, die Allgemeinbildung sei zurückgegangen. Die Prinzipale klagen dann über zurückgehende Leistungsfähigkeit der Gehilfen, geben aber die wahre Ursache nicht an. Von den behaupteten großen Verschlechterungen in der Vorlage sei nichts zutreffend, speziell in bezug auf die reisenden Kollegen nicht. Die Arbeitslosen am Orte seien dagegen ungünstig gestellt. Der Verbandsvorstand verfolgt keinen Kaszenzweck, sondern ihm sei es um eine gerechtere Wahrung des Prinzips zu tun. Die Gauzuschüsse können nicht befristet werden, da in einzelnen Gauen Kürzungen der Unterfütung eintreten würden. Die Zuschüsse der Sparten müssen jedoch aufgehoben werden. Dagegen habe auch nur ein Maschinenmeisterverein opponiert. Die Berliner Stereotypen haben sich bereits entschlossen, ihre Kasze in Liquidation eintreten zu lassen. Bei der Arbeitslosenunterstützung kämen schon durch die Vorlage 140.000 Mk. mehr zur Veranschlagung. Von 1265 Umzügen im Jahre 1912 sind 373 freiwillige gewesen. Es kämen hierbei vornehmlich Maschinenheber, Drucker und Faktoren in Betracht. Die Krankenunterstützung muß unverändert bleiben, da sonst eine Beitragserhöhung notwendig wird. Ausdrücklich finden die rechnerischen Bedenken dagegen Erörterung. Der Verbandsvorstand könne nur Ablehnung aller dazu vorliegenden Anträge empfehlen. In der Invalidenunterstützung müßten die älteren Kollegen besser gestellt werden. Eine Gesamtausgabe von einer Viertelmillion Mark wird schon eintreten, wenn die Vorlage des Verbandsvorstandes und der Gauvorsteherkonferenz Annahme findet. Glaser legt dar, daß bei der Reifeunterstützung jetzt Anspruchnahmen vorkommen, die man nicht für möglich halten sollte. Die Gegenseitigkeit mit dem Ausland erschwere das noch, allerdings sei dem durch das Statut der Schweizer und Österreicher besser vorgebeugt als bei uns. Zur Invalidenunterstützung übergehend, führt Redner aus, zu welchem Resultate keine eingehenden Untersuchungen über das Alter invalide werdender Kollegen geführt habe. Von einem Beharrungszustande sei bei dieser Unterfütung nicht zu sprechen und größte Vorsicht daher am Platze.

Vorbericht über den zweiten Tag.

Die Vormittagsung wird ausgefüllt von der eigentlichen Generaldiskussion über die Reform des Unterfütungsweesen. Es sprechen 15 Delegierte. Die meisten Redner betonen mit Nachdruck, daß das gewerkschaftliche

Prinzip nicht zu Schaden kommen dürfe durch das Unterfütungsweesen. Bei vielen der hierzu gestellten Anträge sei das gänzlich zu vernachlässigen. Von einigen Delegierten werden Wünsche geäußert, die eine Erhöhung der Unterfütungsätze bezwecken. Andre setzen auseinander, warum die Vorlage des Verbandsvorstandes und der Gauvorsteherkonferenz vielfach nicht befriedigend und erhoffen Berücksichtigung dieser Bedenken und Anträge. Gegen eine Änderung bei der Krankenunterstützung wenden sich fast alle Redner. Die Reichsverversicherungsordnung bringe materielle Verbesserungen in der Krankenunterstützung, die besonders den kleineren Orten zugute käme. Bei der Reiseunterstützung wird mehrfach der große Schritt in der Kaszenentteilung moniert; bei der Ortsunterstützung, daß ebenfalls Verschlechterungen eintreten sollten, um andererseits Verbesserungen zu gewähren. Die größere Berücksichtigung der älteren Kollegen bei der Invalidenunterstützung findet weitgehende Zustimmung. In der Umzugsunterstützung wird verschiedentlich gewünscht, den Unterschied zwischen freiwilligen und unfreiwilligen Umzügen zu beseitigen; nur ganz vereinzelt kommt zum Ausdruck, daß auch wegen der Unterfütungen eine nochmalige Beitragserhöhung stattfinden könnte. Übrigens wird aber hervorgehoben, daß eine solche Maßnahme lediglich aus gewerkschaftlichen Gründen erfolgen dürfe. Das Unterfütungsweesen sei nur Mittel zum Zwecke. Verbesserungen auf diesem Gebiete sollen nur innerhalb des jetzigen Beitrags durchgeführt werden. Schließlich wird eine Kommission von 15 Mitgliedern eingeleitet, die die notwendige Reform des Unterfütungsweesen vorbereiten und dem Plenum als Grund der Vorlage und der vielen Anträge geeignete Vorschläge unterbreiten soll. Es folgt der Bericht der Mandatsprüfungskommission. Eine Statutkommission zu errichten wird abgelehnt.

In der Nachmittagsung hält Döbling ein allgemeines als ausgezeichnet anerkanntes Referat über die allgemeine und tarifliche Lage. In den einhalbstündigen Ausführungen wird die letztmalige Tarifrevision mit ihren Schwierigkeiten geschildert, die Technik der Tarifverhandlungen beleuchtet, die von der Gehilfenschaft noch nicht richtig verstanden wurde. Die Maschinenheberfrage findet Beleuchtung, die Situation und Stimmung bei der Prinzipalität Erörterung und Würdigung. Wie hier die Bedenken immer berechtigter werden, so auch hinsichtlich der technischen Entwicklung, die bei der nächsten Tarifrevision eine noch größere Rolle spielen werde. Döbling unterbreitet zum Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede eine längere Resolution, die er als Willensäußerung der Generalversammlung über unreine künftige Haltung empfiehlt. Raffini folgt, warnt die Gehilfenschaft vor Fatalismus, schildert auf Grund einer neuen Statistik die große Arbeitslosigkeit in Berlin, empfiehlt, was dagegen zu tun sein würde und keine dies entsprechende Resolution zur Ergänzung der Vorstandsresolution. Schleifer bepricht und kritisiert Geschäftsdingen der Tarifrevision. Böhm vertritt die Ansicht, daß über die Gehilfenschaftfrage, desgleichen die Ferner sprechen noch Große, Conradt und Erb, ebenfalls bekundend, daß sie mit der Verbandsleitung einig gehen und diesen oder jenen Punkt noch betonend. 22 Redner sind noch eingeleitet.

Das Buchgewerbe im Auslande

Romanische Schweiz. Die Gemiliter wollen sich nicht beruhigen, der neue Tarif, der seit 1. April in Kraft ist, hält sie noch immer in Aufregung. Es könnten die heißen Debatten in dieser Sache leicht den Anschein erwecken, daß es gar nicht der Tarif ist, der das Streitobjekt abgibt, sondern vielmehr einzig und allein die Art, wie er zur Annahme gelangte. Das Zentralkomitee in Gemeinschaft mit den Kollegen in der Tarifkommission sollen die Abstimmung beeinflussen und die Abstimmungsfrist so kurz bemessen haben, daß ein Studium seines Inhalts nicht möglich war. Trotzdem kann man ruhig behaupten, daß sich im tiefsten Grunde die Erregung in der letzten Zeit nur um das Prinzip der Tarifgemeinschaft dreht. Eine bestimmte Gruppe im Verbandsverband hätte auf jeden Fall die nötigen Wege gefunden, um ihre Obstruktion leuchten zu lassen, gelte wenn der Kollegenschaft vier Wochen zum Überlegen geblieben wären. Zum besseren Verständnis des gegenwärtigen Konflikts seien so kurz wie möglich hier seine Ursachen rückgreifend erwähnt.

Im September 1912 wurden die Delegierten, die die neuen Lokalfarife vorbereiten sollten, in ihrer ersten Versammlung von dem Prinzipalsvorschlages überfällig, einen Generalkarif für das Land einzuführen. Diese Sache kam so plötzlich, daß die Delegierten diese Frage außer acht ließen, um sie erst einmal ihren Sektionen zu unterbreiten und später darüber beraten wollten. Das Zentralkomitee beschäftigte sich nun ebenfalls sofort mit der neu geschaffenen Lage und beschloß, nach vorausgegangen Studien zugunsten einer Tarifgemeinschaft einzutreten. Nach ausgiebiger Beratung wurde beschlossen, einen informierenden Bericht drucken zu lassen, damit jedes Verbandsmitglied sich in diese Materie vertiefen und sich dazu äußern könne.

Inzwischen wurden die Gehilfenmitglieder für die Tarifkommission gewählt, und die gemeinschaftlichen Sitzungen begannen. Da diese Zusammenkünfte nur periodenweise stattfanden, kam man nicht allzu schnell vorwärts; schließlich ist eine Tarifgemeinschaft auch keine Schwöpfung weniger Lage. Die Gehilfenmitglieder berieten über den Verlauf der Verhandlungen im Verbandsorgan und verbanden damit die Bitte, den Gang der Verhandlungen nicht durch vorurteilvolle Kritiken zu erschweren, vielmehr durch eine

objektive und ausgiebige Aussprache über die einzelnen Punkte des Gesingens des Werkes zu fördern. Um nun keine falschen Angaben über den Tarifentwurf in die Hände gehen zu lassen, wollte die Tarifkommission die betreffenden Artikel vor der Veröffentlichung prüfen. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß die im Grunde aufgemeine Maßregel als höchstwillig, „sensur“ vertrieben und bekämpft wurde und einen Teil des Anlagematerials der Profetier gegen das Zentralkomitee und die Gehilfenmitglieder der Tarifkommission bildet, trotzdem die „Zensurbehörde“ keinen Anlaß hatte, irgend einen Artikel abzulehnen. Da es unmöglich war, den neuen Tarif bis 31. Dezember unter Dach zu bringen, so mußten für einige Sektionen, deren Tarife abließen, provisorische Bedingungen geschaffen werden. In diese letztere hatten die Gehilfen kein besonders großes Vertrauen. Allenfalls wurde man ungeduldig, versuchte die überfunden zu verwerfen und sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um die Prinzipale zur rascheren Lösung der Tariffrage zu veranlassen. Die Gehilfenmitglieder der Tarifkommission warteten vor irgendwelchen Maßnahmen, da sich die Diskussion normal abwickelte und Sitzung auf Sitzung folgte. Anfang März wurde der Tarifentwurf mit Mühe von der Prinzipalsorganisation angenommen. Wir haben über die neuen Bedingungen seiner Zeit ausführlich berichtet und auch der späteren nochmaligen Verbesserung gedacht. Da nun jedem Mitglied ein Tarif zugestellt worden war, außerdem die Delegierten in den Sektionen berichtet hatten, ferner der Umstand, daß im Verbandsorgane keine nennenswerte Diskussion über den Tarif herbeigeführt worden war, veranlaßte das Zentralkomitee, für die Abstimmung eine Frist festzusetzen, die allerdings zu einer gründlichen Durchstudierung des Tarifs nicht gut gereicht hätte. Doch darf man nicht außer acht lassen, daß es bereits Mitte März war und der neue Tarif mit dem 1. April in Kraft treten sollte. Nach Erwägung aller dieser Umstände kann man dem Zentralkomitee nicht Geheiminderei mit den Prinzipalen und wer weiß was noch alles vorwerfen. Auf die verschiedenen Anschuldigungen haben bis jetzt die Mitglieder des Zentralkomitees und der Tarifkommission mit Ruhe und Würde geantwortet und sie in einer Art widerlegt, daß man zu der Meinung kommen muß, daß diese Kollegen ihre Schuldigkeit in vollem Maße getan haben.

Die Abstimmung über den Tarif hatte bekanntlich 413 Stimmen für und 162 gegen denselben ergeben. Die Genfer Sektion enthielt sich der Abstimmung. Es hat sich nun herausgestellt, daß sich eine bestimmte Richtung, die wohl jeder Tarifgemeinschaft feindselig gesinnt gewesen wäre, sich viel mehr Terrorismus zuzubeden kommen ließ, als sie beabsichtigt, der Verbandsleitung vorzuwerfen. Wie wir schon berichteten, nahm die Genfer Sektion — wohl gegen die Absicht ihres Komitees — in einer späteren Veranlassung eine Abstimmung vor, bei der die prinzipienfesten Tarifgemeinschaften in der Minderheit blieben. Über 100 Stimmen entschieden sich nämlich, aus der „Zensur“ für den neuen Tarif. Das war zu viel für die Verfechter der Demokratie, das Sektionskomitee demitolierte, und eine Anzahl Mitglieder trat aus dem Verband aus.

Diese Gruppe, die nun einen eignen „Verband“ gründen möchte, hat sich bereits, so oft es eben möglich war, blickt. Schon eine frühere Anfrage an die Prinzipale, mit Genf einen besonderen Lokaltarif abzuschließen, fiel auf unfruchtbaren Boden. Das französische Zentralkomitee teilte der Gruppe mit, es müßte seine Mitglieder bei einer eventuellen Jurei als „Nichtmitglieder“ betrachten, trotz der abgegebenen Versicherung, den romanischen Verband nicht bekämpfen zu wollen. Dieser Beschluß wurde auch vom Belgischen Zentralverbande gefaßt. Offenheit werden alle übrigen Verbände des Auslandes ebenfalls auf keine Gegenseitigkeit eingehen. Daß diese Kollegen ihre Antipathie gegen eine Tarifgemeinschaft mit dem Austritt aus der Organisation beantworteten, muß höchste Verurteilung finden. Wohin kämen denn die Arbeiterorganisationen, wenn derartige Praktiken allgemein in Aufnahme kämen? Es ist noch zweifelhaft, ob der Vorschlag des Verbandspräsidenten, die Oppositionellen möchten bis zum nächsten Jahreskongresse (19. und 20. Juli 1913) im Verbandsbleiben, Anlauf finden wird. Gelänge es ihnen, ihre Beschuldigungen auf dem Kongresse dem Verbandsvorstande gegenüber aufrechtzuerhalten, so möchten sie ungehindert ihres Weges ziehen, heißt es noch in diesem Vorschlag, andernfalls aber da bleiben, wohin ein richtiger Kollege gebürt.

Der „ewige Konflikt“ in Genf ist inzwischen in ein neues Stadium getreten infolge des neuen Tarifs. Verbandspräsident Guggi und Kollege Cerofini nahmen an den Verhandlungen teil, die bereits die Auflösung des unruhigen „Kartells“, abgeschlossen mit der Bestimmung, keine Verbände zu beschäftigen, zwischen den Zeitungen „La Tribune de Genève“, „La Suisse“ und „Le Journal de Genève“, beschloßen hatte, als im letzten Augenblicke die Verwaltung des „Journal de Genève“ die von ihren Vertretern gemachten Konzeptionen nicht anerkannte und so auch die beiden andern Organe an einem definitiven Beschlusse hinderte. Aber kurz oder lang muß endlich diesen Zuständen ein Ende bereitet werden, die es ermöglichen, daß sich in Genf nach und nach so viele Gelbe einmischen, daß sie heute ein Viertel aller Kollegen ausmachen.

Wie das Verbandsorgan „Le Gutenberg“ am 16. Juni selbst, fand eine erneute Konferenz am 11. Juni auf Veranlassung der Prinzipale und Gehilfenorganisation statt. Es wurde eine Einigung erzielt und die Auflösung des Kartells beschlossen. Jeder Firma wurde somit die Freiheit der Personwahl zurückgegeben. In einer weiteren Unterhandlung zwischen den Vertretern der Prinzipale und Gehilfenorganisation sowie der Verwaltung der „Tribune de Genève“ kam dann eine Einigung zustande, so daß die Sperrung, die jahrelang über diese Zeit-

fung verhängt war, ebenfalls aufgehoben werden konnte. Das Verbandsorgan erklärte das erstmal ohne den Gedruckt im Bundesstege: „Bonkotiert überall und überall, La Tribune de Genève!“ Also was die mannigfachen Tribüne des Bonkotts nicht fertig brachten, das beherrschte uns der so arg verkannte Tarif schon in kurzer Zeit. Ferner ist die Sperrung, die über die Zeitung „La Suisse“ verhängt war, aufgehoben worden.

Belgien. In Nr. 63 von 5. Juni wurde im „Korr.“ ausführlich über die Beschlagnahme des Vermögens und sämtlicher Kassenbelege der Brüsseler Sektion berichtet und auch der Entrüstung gedacht, die durch diese Gewaltmaßregel bei der organisierten Arbeiterchaft hervorgerufen wurde. Bekanntlich hatten sechs Mitglieder, die sich als Werkzeug gelber Sinfirerinnen benutzen ließen, Klage gegen die Sektionsleitung angestrengt wegen Statutwidrigkeiten während des Generalkongresses, die dahin auslief, die Sektion aufzulösen, das Verbandsvermögen aufzuteilen und ähnlichen Unsinn mehr. Auf Antrag der Kläger wurde seltamerweise das Vermögen beschlaggenommen und die Verhandlung auf dessen Freigabe bis zum 31. Mai verlagert. Das Urteil selbst wurde erst am 7. Juni gefällt und ist in der letzten Nummer des „Korr.“ bereits kurz mitgeteilt worden. Aus der Gerichtsverhandlung selbst seien hier die nachfolgenden Einzelheiten mitgeteilt: Beide Parteien waren durch je zwei Advokaten vertreten. Der Verbandsverteidiger legte den Fall von dem Standpunkt aus, ob einzelne Mitglieder die von der Gesamtheit gewählten Vorstandsmitglieder ihrer Ämter entsetzen könnten und eine Auflösung beantragen dürfen, wenn kein Befugnis vorliege. Der Präsident erwiderte, daß die Anklage auf Befugnis laufe. In längeren Ausführungen verteidigte nun der Vertreter des Verbandes die Ehrlichkeit untrer Kollegen und wies darauf hin, daß alle Kassenangelegenheiten stets veröffentlicht wurden. Von der Gegenpartei wurde darauf vorgebracht, es seien 30000 Fr. Streikunterstützung verteilt worden, und einer der Verteidiger beschuldigt ohne weiteres, es sei Geld unterschlagen worden! Vom Verbandsverteidiger wurde festgestellt, daß die sechs Individuen fast noch keine Opfer für den Verband gebracht hätten, und daß deren Anteil nicht 200, sondern allerhöchstens Falls 130 Fr. betragen könne. Der Präsident erklärte, er hätte die Kasse beschlaggenommen lassen auf die Aussagen der Kläger, es bestehe Gefahr. . . . Das ist Lug, rief der Verbandsverteidiger, und der Präsident meinte selbst, es bestehe wohl zurzeit keinerlei Gefahr. Die selben aber verlangten Garantien. Der Verteidiger des Verbandes legte sodann dar, daß man wegen der „Interessen“ einzelner Personen eine Staatsaktion konstruiert habe, und wies an den Statuten nach, daß die Kläger kein Anrecht haben auf ihren angeblichen Verbandsvermögensanteil. Ferner seien keine 30000 Fr. zur Verteilung gekommen, sondern in Wirklichkeit 14000 Fr. und 12000 Fr. für Arbeitslose. „Der Streikunterstützung wurde dem für diese Mitglieder vorgesehene Fonds entnommen.“ Der Verteidiger der Gelben wies auf die Maßregeln hin, die getroffen waren zu ergreifen, und verlangte hochmütig die Auflösung des Verbandes. Der Präsident machte ihn darauf aufmerksam, daß er ja gerade spreche, als ob er seinen Prozeß schon gewonnen hätte. In der Verteidigungsrede mußte der Advokat der Kläger zugeben, daß der Verband viel Gutes geschaffen habe, aber in den letzten Jahren sei er nicht mehr „neutral“ geblieben. Viele Austritte seien erfolgt (nur ein einziger, wurde ihm zugeführt), behauptete wieder die Ausgabe der 30000 Fr. an Streikende und erklärte sich gegen die Freigabe des Vermögens. Er verlangte ferner gerichtliche Inventur des Sektionsvermögens. Gegen die letzte Maßregel sprach der Verteidiger des Verbandes, trotzdem die Sektion selbst die Bilanz machen, sie drucken und kontrollieren lassen werde, um der Wahrheit die Ehre zu geben. Der Präsident erklärte schließlich: „Ich veranlasse die Beschlagnahme, aus welchen Gründen soll ich nicht auch die Freigabe herbeiführen können?“ Im weiteren ergriff der Advokat der Verbandssektion das Wort und führte aus, daß auch deren Vermögen beschlaggenommen worden sei, trotzdem diese überhaupt nicht gestreift hätten. Der Präsident erklärte schließlich, er habe die Siegel nur für einen Kassenzettel und nicht für drei angeordnet. Es ergriff dann nochmals der Verteidiger der Beklagten das Wort, um darzulegen, daß keinerlei Gefahr für die Kasse bestanden hätte; es sei einfach lächerlich, daß man sechs Personen recht zu geben versuche und zur gleichen Zeit 1900 entrecht. Beachtenswert war dann folgende Erklärung des Präsidenten: Wenn ich die Einzelheiten dieser Sache besser gekannt hätte, würde ich das Gesuch der Kläger mit einem roten Striche versehen haben! Am 7. Juni wurde dann das Urteil verhängt, welches die Freigabe des Vermögens anordnet und ablehnt, den von den Klägern beantragten behördlichen Verwalter zu ernennen, wenigstens so lange, als keine Gründe vorliegen, die diese Maßregel nötig machen. Doch solle trotzdem eine Inventur vorgenommen werden, da hiergegen niemand etwas einwenden könne. Die Gelben wurden zu den Kosten verurteilt! Der Verband ist aber aus Gründen seiner Rechtfertigung mit dem Teile des Urteils, der die Inventur verlangt, nicht zufrieden (trotzdem diese so wie so alle sechs Monate öffentlich bekanntgemacht wird) und hat dagegen Berufung eingelegt. So hat der erste Teil der großen Aktion der Gelben geendet, der sehr viel zu ihrer Charakterisierung beitrug. Noch letzten haben sie sich, teils so versteckt (man denke an das Manifest, in dem sie die Sektion anklagten, sie tue nichts, um das Vermögen frei zu bekommen, wie nötig es den armen Invaliden gehen), teils so frei in ihrer ganzen Ehrlosigkeit gezeigt. Trotzdem jedes Kind aus dem Urteil erseht, daß den Gelben die Felle fortgeschwommen, jubelt deren Presse noch über den Erfolg der feinen Aktion! Der „Typograph“ (13. Juni) gibt natürlich

auch sein Körlein Insinn und Niedertracht dazu. So machte er aus den sechs klägerischen gelben Gehilfen, deren Sache selbstredend keine Sache ist, gleich die Mehrzahl der Mitglieder, läßt die Brüsseler Sektion unterlegen sein und verkündet dann mit frohlockender Miene: „Sobald die Auflösung des Verbandes ausgesprochen sein wird, werden die klägerischen Mitglieder sich zu einem neuen Verbande zusammenschließen, in welchem den sozialdemokratischen Machenschaften ein Riegel vorgeschoben sein wird.“ Wenn einmal Dummheit, Unverfrorenheit und Verlogenheit zur Prämiierung gelangen, dann wissen wir jetzt schon, wer den ersten Preis erhalten wird!

Holland. Der Hauptvorstand des holländischen allgemeinen Verbandes hat vor kurzem damit begonnen, die Buchdruckergehilfen in der äußersten, südlich gelegenen „dunklen Ecke“ des Landes, in der Provinz Limburg, aus ihrer beschaulichen Ruhe und Teilnahmslosigkeit aufzurütteln. Für Sonntag, den 31. Mai, war Limburgs Hauptstadt, Maastricht, als erstes Arbeitsfeld auszuwählen worden. Trotz des an diesem Tage herrschenden überaus schlechten Wetters waren Maastrichts Buchdruckergehilfen doch zahlreicher erschienen, als man erwartet hatte. Das Wort des Referenten fiel auf fruchtbaren Boden. In der Debatte wurde zwar mehrfach der Wunsch ausgedrückt, daß die am Orte bestehende kleine Abteilung des katholischen Bundes (alle in Holland sich öffentlich katholisch nennenden Vereine haben einen geistlichen Herrn als Berater) etwas gestärkt werden möge im Rahmen der allgemeinen Organisation, aber der Referent verstand es, die konfessionellen Bestrebungen in wirtschaftlicher Beziehung auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Er wies unter Anführung von guten Beispielen darauf hin, daß nur ein freier Verband, der sich fern halte von konfessionellen Nebenabsichten und nur lediglich das Prinzip verfolge, mitzuarbeiten an der Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und für deren Rechte nach Kräften einzutreten, Existenzberechtigung habe. Jeder holländische Buchdrucker müßte im Allgemeinen Typographenverband auf Kaufe sein. Das wirkte so überzeugend, daß eine Ortsabteilung des Verbandes von 21 Mitgliedern zustande kam. Wenn die Kollegen mit derselben Begeisterung ihren eingenommenen Standpunkt auch weiterhin bewahren, so wird ohne Zweifel diese Abteilung weitere Kreise ziehen. Auch in Maastricht werden geregelte Zustände einziehen, und bei etwas gutem Willen der Kollegen selbst wird der allgemeine Lohnsatz auch an den äußersten Grenzen Hollands zur Einführung gelangen. Haben sie einmal ihre Lebenslage begriffen, dann wird den vorkämpfenden Kollegen die vor Augen stehende laure Arbeit nicht schwer fallen. Sie wird Früchte tragen und lebensfähige Abteilungen des Allgemeinen Typographenverbandes auch im bisher „dunklen“ Teile Hollands erstehen sehen.

Die offiziellen Mitteilungen der Abteilung Amsterdam veröffentlichen einen kleinen Überblick über die Lohnbewegung in Holland vor und nach der letzten Lohnbewegung, und zwar branchenweise. Danach beträgt das Mittel der Arbeiterlöhne: 112 Handarbeiter 1005,92 Gulden, 81 Maschinenarbeiter 92 Gulden, 575 Drucker 458,74 Gulden, 51 Stereotypsetzer 25,31 Gulden, 38 Druckerbuchdrucker 18,26/2 Gulden. Hierunter sind 119 Gelehrte, die weniger wie 14 Cents pro Stunde verdienen, 87 verdienen von 14 bis 19 Cents, 171 von 20 bis 25 Cents und 735 26 Cents und mehr die Stunde. Von den Maschinenarbeitern verdienen 17 weniger und 64 einen Wochenlohn von 17,10 Gulden und mehr. Bei den Druckern dagegen sind die niedrigsten Löhne am zahlreichsten: 291 verdienen 10 Gulden pro Woche, 120 von 10 bis 15 Gulden und 164 mehr als 15 Gulden pro Woche. Für letztgenannte Sparte wurde als Grund der niedrigen Lohnzahlung das Verhalten der Gehilfen selbst, das sehr reformbedürftig ist, angegeben. Man will deshalb mit Aufklärungsbrochüren helfend einprägen.

Ägypten. Die „Revue Graphique“ entnahm einer berühmten Zeitschrift aus dem Lande des Nils und der Pyramiden eine interessante Statistik, nach der in Ägypten zurzeit 148 Zeitungen und periodische Zeitschriften erscheinen, und zwar 90 in Kairo, 45 in Alexandria und 17 in andern Orten. In der Gesamtzahl sind 88 täglich erscheinende Zeitungen begriffen, davon 39 in arabischer Sprache. Unter den verbleibenden 60 Zeitschriften beschäftigen sich 29 mit Literatur (17 in arabischer Sprache und 12 in europäischen Sprachen), 3 mit Rechts- und 3 mit medizinischer Wissenschaft, 3 mit Mode, 4 mit Geschichte, ferner sind 14 religiösen Charakteres (davon 11 in Arabisch) und 2 humoristischen Inhalts. Wenn man bedenkt, daß Ägypten kaum 10 Millionen Einwohner besitzt, darunter eine große Zahl von Analphabeten, so muß man erstaunt sein über die Quantität der Druckschriften. Der Autor der Statistik weist noch darauf hin, daß so manche Zeitschrift seines Vaterlandes überhaupt keine Verbreitung habe; sie erscheine lediglich, um dem Herausgeber eine Einnahme zu sichern, durch unsaubere Gepflogenheiten, wie Drohungen, Rache, Erpressungen usw.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Blauen. In Nr. 23 des „Typograph“ beschäftigt sich ein gewisser Grunert unter der Spitzmarke: „Wie die Welt belogen wird“ mit unserm Versammlungsbericht in Nr. 51 des „Korr.“. Man muß sich ziemlich lange mit dem Bericht abgequält haben, denn nach reichlich vier Wochen findet das Blinderdin endlich das Wort zu einer Erwiderung. Wer mag an diesen 60 Zeilen wohl alles mitgewirkt haben! Ein Beispiel, „wie die Welt belogen wird“, gibt G. selbst, indem er von 15 Neuangelegenen falsch, von denen neun der Verband (in Wirklichkeit aber zehn), die übrigen jedoch die Bündler an sich gebracht

haben. Wir möchten dem Herrn, da er scheinbar durch ein Vergrößerungsglas gesehen hat, sagen, daß es nur drei Neuausgelernte sind, die den christlichen Lehrenden Folge leisten. Es macht wirklich kein Vergnügen, sich mit diesen „Kollegen“ beschäftigen zu müssen, aber schweigen ließe hier der bündlerischen Gaferei aufkommen. Recht dumm fragt G., warum kein Name genannt sei, sondern nur immer von einem Bündlerfaktor die Rede sei. Als ob es in Mainz mehrere Bündlerfaktoren gebe! Der Herr, der gemeint ist, wird schon selbst wissen, daß es ihn betrifft. Dieser Bündlerfaktor brachte es ja im vorigen Jahre fertig, den Neuausgelernten zu sagen, daß wenn sie in das „Gewerkschaftshaus“ gingen, wo die Rollen verkehren, und dem Verbands beifügen, keine Arbeit mehr für sie da sei. Die beiden Neuausgelernten bejahen aber so viel Mühsal — trotz der Drohung — und meldeten sich doch zum Verband. Ist es nun in diesem Jahr anders gemeint? Hat nicht auch wieder der Bündlerfaktor sein möglichstes getan, um dem Bund auf die Beine zu helfen? Als Zeugen, wie der Bündlerfaktor die beiden Neuausgelernten seiner Druckerei „bearbeitet“ hat, sind uns die im vorigen Jahr in der betreffenden Druckerei Ausgelernten genügend. Aber es gibt noch weitere Zeugen, nämlich die Eltern der zum Gutenbergsbunde gepreßten Neuausgelernten der fraglichen Druckerei. Diese erklärten einem unserer Vorstandskollegen, gerr wären ihre Söhne dem Verbands beigestiegen, aber wenn sie diesen Schritt tun würden, sei ihre Arbeit alle, hätte der Faktor gesagt. Ein Kommentar dazu ist überflüssig. Aus dem „Typ.“-Bericht ist weiter noch zu lesen, daß hier ein Neuausgelernter von seinen Vorgesetzten, die Verbandsmitglieder sind, „bearbeitet“ worden sein soll. Es ist nur festzustellen, daß der Neuausgelernte der betreffenden Druckerei trotz Arbeitsmangels weiter behalten wurde und ein Verbandsmitglied aus diesem Grunde gekündigt bekam! Und trotzdem wollen die Bündler den Inhabern der betreffenden Firma Vorhaltungen machen in bezug auf ihre Handlungsweise dem Neuausgelernten gegenüber! Wenn nun jetzt der neugebadene Bündler seine Kunst dort aufgegeben hat, so liegen die Gründe dafür tiefer. Wir wollen diese aus Zustandsgefühl nicht an die Öffentlichkeit zerren. Wenn der Prähsahn am Schlusse seines Artikels schreibt, daß der hiesige Ortsverein des Verbandes eine geschlossene Mannschaft, seit in ihrer Überzeugung und mit großer Ausdauer, auf dem Plane findet, so reizt uns diese Grobmannschuld nur zum Lachen angesichts der 16 Mannschaften des Gutenbergsbundes, denen 160 Verbandsmitglieder gegenübersehen.

Wesel. Am 8. Juni fand in Kleve die zweite Bezirksversammlung statt, welche von 50 Proz. der Mitglieder besucht war. Anwesend waren aus Bocholt 1, Dinslaken 3, Dorsten 3, Emmerich 16, Geldern-Nevelaer 5, Hoch 14, Kleve 25, Wesel 25 = 92 Kollegen. Bezirksvorsitzender Lehmann begrüßte die Anwesenden. Nach Eröffnung des geschäftlichen Teils wurde der Jahresbericht der Ortsgruppe vorgelesen, dem der Vorsitzende eine ausführliche Besprechung erteilte. Alsdann erging Hauptbeschluss: Abschaffung des Wortes „Bericht“ von der Tarifausschubung. In mehr als einstündigen Ausführungen entwarf der Redner ein Bild von den dort gepflogenen Verhandlungen, unter besonderer Hervorhebung der Notwendigkeit und des Ergebnisses dieser Tagung. Der stürmische Beifall, der diesen Ausführungen folgte, legte Zeugnis ab von einer allseitigen Befriedigung mit dem Ausgange der Tarifausschubung. Anschließend daran wurden noch einige tarifliche und organisatorische Angelegenheiten besprochen und nach Bekanntgabe des Orts der nächsten Bezirksversammlung (Emmerich) mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung geschlossen.

Wesel. Bezirksmaschinensehervereinigung. Am 8. Juni fand in Kleve unsere zweite diesjährige Versammlung statt. Diese war, wie immer, gut besucht. In Abwicklung der Tagesordnung machte der Vorsitzende auf die Anstrengungen in gewissen Prinzipalskreisen aufmerksam, Sparten und Verband sowie speziell Sandseher und Maschinenseher gegeneinander auszuspielen. Er knüpfte hieran die Mahnung, sich nicht gegenseitig zu befehden, sondern einträchtig zum Besten unseres Verbandes und seiner Mitglieder zusammen zu arbeiten. Nachdem der Bericht von der Quartalsversammlung in Krefeld von Kollegen van Leeuwen gegeben worden war, wurden noch unter „Technischem“ verschiedene Störungen am Typograph, der Urotyp sowie des elektrischen Motors besprochen. Nachdem die Kollegen sich in ergeblichster Weise ausgesprochen hatten, konnte der Vorsitzende gegen 3 1/2 Uhr die ruhig und interessiert verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf Verband und Vereinigung schließen.

□□□□□ Rundschau □□□□□

Das neue Verzeichnis der Tarifanerkennungen. Vom Tarifamt wurde dieser Tage ein neues Verzeichnis der Tarifanerkennungen herausgegeben, das in der bekannten überrücklichen Weise nach Tarifkreisen eingeteilt und in alphabetischer Ordnung sämtliche tarifreue Buchdruckereien enthält. Auch die Gehilfenzahl bei jeder Firma ist nach dem neuesten Stand angegeben und machen das Verzeichnis in Verbindung mit weiteren statistischen Zusammenstellungen und Adressen zu einem für die Gehilfenschaft wie Prinzipalität gleich wertvollen Ratgeber. Das Verzeichnis ist am 30. April abgeschlossen und enthält die Namen von 8164 Firmen mit 66 886 Gehilfen in 2274 Orten. Das ergibt seit vorigem Jahre einen Zuwachs von 113 Firmen, 2334 Gehilfen und 32 Orten. Die Zahl der Firmen, von denen keine Gehilfenziffer zu ermitteln war, beträgt 20 und die Zahl jener Buchdruckereien, die waren

ohne Gehilfen arbeiten, sich aber zur Einhaltung der tariflichen Gehilfenzahl verpflichtet haben, 500. Eine täglich um eine halbe Stunde längere Arbeitszeit, als nach § 1 des Tarifs allgemein vorgehoben, 647 Gehilfen in 178 Firmen und 123 Orten. Eine Ermäßigung des tariflichen Minimums von 2 Mk. ist in 57 Orten für 77 Firmen mit 285 Gehilfen nach § 4 des Tarifs verzeichnet. Beide tarifliche Ausnahmen, und zwar die um eine halbe Stunde verlängerte Arbeitszeit und das um 2 Mk. ermäßigte Lohnminimum, sind in 157 Orten mit 220 Firmen und 687 Gehilfen in Geltung. Die Zahl der Schiedsgerichte und Arbeitsnachweise beträgt 65 bzw. 63. Das Verzeichnis ist vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zu beziehen. Im Einzelkaufe kostet das Exemplar 20 Pf., bei Zufassung durch die Post 30 Pf.; bei zwei bis drei Exemplaren beträgt das Porto 20 Pf. und bei vier bis sieben Exemplaren 30 Pf. Mehr als sieben Exemplare können nur als Paket zur Verfügung kommen. Die Verfügung erfolgt jedoch nur gegen vorherige Einfindung des Betrags oder unter Nachnahme.

Ferien! In Bries (Bez. Breslau) gewährte die Buchdrucker G. Sech ihrem Personal ohne Karenz einen Erholungsurlaub von drei und sechs Tagen.

Jahresversammlung der Gutenbergs-Gesellschaft in Mainz. Am Sonntag, dem 22. Juni, vormittags 11 1/2 Uhr, findet im Stadthaus zu Mainz die Jahresversammlung der Gutenbergs-Gesellschaft statt. Den Festvortrag hat in diesem Jahre Dr. Adolf Tronnier in Mainz übernommen, und zwar über das Thema: „Gutenbergs-Bildnisse“. Zu dieser Versammlung sind alle Kollegen von Mainz und den Nachbarstädten freundlich eingeladen.

Obermaschinenmeister und Angestelltenversicherung. Nach einem Berichte des „Zeitungsverlags“ hat der Berliner Rentenausschuss für die Angestelltenversicherung bezüglich der Versicherungsverpflichtung für Obermaschinenmeister in der Angestelltenversicherung untern 17. Mai d. J. folgenden Bescheid erlassen: „Obermaschinenmeister und Personen in ähnlicher aus der rein körperlichen Beschäftigung mehr hervortretenden Stellung sind nur dann versicherungsfrei, wenn ihre körperliche Mitarbeit an Umfang und Bedeutung ihre Anordnungs- und Aufsichtsbefugnisse und die übrige Tätigkeit höherer Art überwiegt. Sind letztere jedoch mindestens von demselben Umfange und derselben Bedeutung wie die körperliche Arbeit, so sind sie versicherungspflichtig. Eine ausschließliche Aufsichtstätigkeit wird zur Begründung der Versicherungspflicht nicht erfordert. Andererseits genügt eine bloße Beaufsichtigung nach fremden Weisungen, ohne daß damit eine eigene Anordnungsbezugnis verbunden ist, selbst dann nicht zur Begründung der Versicherungspflicht, wenn dagegen die körperliche Arbeit in den Hintergrund tritt. Die Art der Entlohnung sowie die Regelung der Kündigungserfriff sind nicht ausschlaggebend.“

Zur Bekämpfung der Hauterkrankungen im Buchdruckgewerbe. Der von verschiedenen Verfassungen hauptsächlich folgende der Berliner Ortskrankenkasse für Buchdrucker die Hauterkrankungen im Buchdruckgewerbe in den letzten Jahren einen größeren Umfang annehmen, ist voranzutreiben, daß nicht etwa eine neue Gewerbeschtheit nach Art der Bleiergiftung aufkommt. Aus diesem Grunde geben wir nachfolgend auch von einem an uns gerichteten diesbezüglichen Schreiben des Vorstandes vom „Städtischen Chemischen Laboratorium“ in Berlin Kenntnis. Es lautet in den wesentlichen Punkten folgendermaßen: „... Durch unsere Untersuchungen, die in der von den Professoren Füllage und Cassin herausgegebenen „Zeitschrift für Angewandte“ erscheinen werden, ist festgestellt worden, daß die Qualität der Wachsmittel vielfach eine Veränderung erfahren hat, und daß die Hauterkrankungen hierin ihre Ursache haben. Wir haben ferner nachgewiesen, daß die Erkrankungen nur dann auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden können, wenn die Wachsmittel einer ständigen Kontrolle unterworfen werden. Hierfür haben wir geeignete Methoden festgelegt und haben auf Anregung der hiesigen Ortskrankenkasse eine Kontrollstelle eingerichtet, in der gegen ein äußerst mäßiges Honorar die ständige Kontrolle ausgeübt wird. Im Hinblick auf die schweren Schädigungen, die auftreten können (in einer einzigen Druckerei sind z. B. von zwölf Arbeitern fünf erkrankt), bitten wir, sich mit dem ungetrockneten Laboratorium in Verbindung zu setzen. Städtisches Chemisches Laboratorium Berlin NW 6. Vorstand: Dr. Heinrich Zellner, Sachverständiger der Königl. Preussischen Oberzolldirektion und der Berliner Handelskammer.“

Buchdruckerberufsgenossenschaft. Nach einem vorläufigen Auszug aus dem Jahresberichte der deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft für das Jahr 1912 ist die Zahl der ihr unterstellten Betriebe auf 8355 (1911: 8021) angewachsen, die Zahl der Versicherten auf 178 519 (1911: 167 400), die Gesamtlohnsumme auf 217 1/2 Millionen Mark (1911: 196 1/2 Millionen Mark). Der Durchschnittslohn betrug 1217,22 Mk. (1911: 1174,24 Mk.). Die Summe der für Unfälle gezahlten Entschädigungen betrug 596 221 Mk., die Gesamtsumme der Beiträge 921 746 Mk., die Verwaltungskosten der Genossenschaft und der 12 Sektionen 219 873 Mk. Bemerkenswert ist es, daß 338 Betriebe im vorigen Jahre den Besitzer wechselten, 222 wechselten die Betriebsstätte und 30 gerieten in Konkurs. Der auf je 1000 Mk. Söhne entfallende Beitrag hat bei allen Betriebszweigen wieder eine Verminderung erfahren; bei dem Betriebszweige Buchdruckerei fiel er von 4,30 Mk. auf 3,99 Mk. Von den 3796 zur Anmeldung gelangten Anträgen wurden 1859 durch den Maschinenbetrieb veranlaßt, 1937 hatten andre Ursachen. Die meisten der Maschinenunfälle, und zwar 564, kamen auf Schneidpressen, 341 auf Tiegeldruckpressen, 216 auf Rotationsmaschinen, 89 auf Geschnittmaschinen, 85 auf Schneidemaschinen. Von den 13 Un-

fällen mit tödlichem Ausgange wurde nur einer durch den Maschinenbetrieb verursacht; er war an sich geringfügig und der Tod trat infolge hinzugefügter Blutvergiftung ein. In bezug auf die früher beklagte Interesslosigkeit der Arbeitnehmer den Unfallverpflichtungsvorschriften gegenüber wird ein Fortschritt konstatiert.

Zur Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge. Das preussische Kammergericht hat neuerdings dem Urteil einer Zivilkammer des Berliner Landgerichts I zugestimmt, wonach ein zwischen Organisationen der Unternehmer und Arbeiter abgeschlossener Tarifvertrag nur die einzelnen Organisationen, nicht aber auch die einzelnen Mitglieder dieser Organisationen zur Einhaltung des Vertrags rechtsverbindlich verpflichtet. Eine solche Verpflichtung bestehe selbst dann nicht, wenn die Mitglieder dem Abschlusse des Tarifvertrags ausdrücklich zugestimmt hätten. Denn eine Abstimmung als Vereinsmitglied beziehe sich nur auf den Verein und nicht auf die Rechte des einzelnen Mitglieds. Insbesondere sei aber kein Mitglied einer solchen Vertragsorganisation noch nach Aufgabe seiner Mitgliedschaft zur Einhaltung des Tarifvertrags verpflichtet. Dieses Urteil stellt das gewöhnliche Vertragsrecht vollständig auf den Kopf und wird zweifellos auch vom Reichsgerichte, das zur endgültigen Entscheidung in dieser Frage schon angelernt ist, wesentlich korrigiert werden. Denn was sind denn eigentlich Organisationen? Es sind doch keine Lustgebilde, sondern Vereinigungen von leibhaftigen Menschen, die sich zusammengeschlossen haben, um eben, wie z. B. im vorliegenden Falle, Tarifverträge abzuschließen. Streicht man die Mitglieder hinweg, so bleiben doch auch keine Organisationen mehr übrig, und der Satz von der ausschließlichen Vertragspflicht der Organisationen, die ohne rechtsverbindliche Rückwirkung auf deren Mitglieder bestehen soll, zeigt sich in seiner ganzen Haltlosigkeit als juristische Spitzfindigkeit, mit der praktischer Menschenverstand rein gar nichts anfangen kann.

Vom Wirrwarr in der Polnischen Berufsvereinigung. Der erfolglose Bergarbeiterstreik in Oberschlesien hat schon bestehende Durcheinander in der polnischen Berufsvereinigung noch vervollständigt. Schon die organisatorische Gruppierung zeigt ein seltsames Durcheinander. Für die in die polnische Arbeiterbewegung weniger Eingeweihten sei bemerkt, daß die Polnische Berufsvereinigung sich aus vier nach verschiedenen Berufsgruppen gebildeten Abteilungen zusammensetzt, und zwar aus der Abteilung 1. für Bergarbeiter, 2. für Hütten- und Metallarbeiter, 3. für Handwerker verschiedener Berufe und 4. für Bauhandwerker und Bauarbeiter. Wie die einzelnen Abteilungen zusammengegliedert werden, dafür liefert die Abteilung für Hütten- und Metallarbeiter ein interessantes Beispiel. Diese Abteilung zählte im Jahre 1912 unter ihren Mitgliedern 2090 Metallarbeiter, 216 Maschinisten, 5447 Fabrikarbeiter, 240 Hüttenarbeiter, 16 Buchdrucker, 78 Transportarbeiter, 80 Bergarbeiter, 132 Holzarbeiter (Böttcher, Stellmacher), 175 Bauhandwerker (Zimmerer, Maurer, Betonarbeiter), 22 Schmiedegeräte, 9 Sächler- und 24 Hüttenarbeiter, 11 Mitglieder (Kassisten), 342 Erwaldden, 23 Zerkleinerer und Arbeiterinnen, 1 Schneider, 2 Fleischer, 1 Bäcker und 2 Witwen. Weshalb also eine Gliederung nach Berufsgruppen überhaupt besteht, erscheint danach unerklärlich. Einer jeden der vier Berufsgruppen steht ein Vorstand vor, doch kann er Lohnbewegungen und Streiks nicht auf eigene Faust durchführen. Dieses Recht steht nur dem aus drei Personen zusammengesetzten Zentralvorstande zu. Aber dem Zentralvorstande steht ein aus 43 Personen bestehender Aufsichtsrat, der aber in der Hauptsache dekorative Bedeutung hat. Gegen die Hauptgewalt des Zentralvorstandes hatte die Abteilung für Bergarbeiter, die allein 51 000 von den insgesamt 77 000 Mitgliedern zählt, auf ihrer Generalversammlung verschiedene Beschlüsse gefaßt, die jetzt der Sanftionierung der Berliner Generalversammlung der Polnischen Berufsvereinigung unterbreitet werden sollten. Vor allem sollte die gemeinschaftliche Kasse beseitigt werden. Die Vorstände der einzelnen Abteilungen sollten vom Zentralvorstande gänzlich unabhängig sein. Ein Antrag, der die gänzliche Beseitigung des Zentralvorstandes verlangte, entfiel infolge großen Sturm und wurde später zurückgezogen. Den Zentralvorstandsmitgliedern sollte verboten werden, Mandate für Parlamente anzunehmen, was sich gegen den Reichstagsabgeordneten Sosniski persönlich richtete. Die Anträge der Bergarbeiter wurden durch die Abteilung der Hütten- und Metallarbeiter unterfützt. Zu diesem Bestreben der zwei Abteilungsstände hat nach den Ausführungen des „Wiarus Polski“ in Bochum auch der Umstand viel beigetragen, daß der Zentralvorstand wider den Willen des Vorstandes der Bergarbeiterabteilung den obersteleichen Bergarbeiterstreik hervorgerufen hat. Auf der Generalversammlung kam es zu förmlichen Debatten, daß sie von Zeit zu Zeit unterbrochen werden mußten, damit die erhitzen Gemüter sich beruhigen konnten. Es war im wesentlichen die Frage zu entscheiden, ob der Zentralvorstand als oberste Instanz bestehen bleiben oder die Abteilungen sich selbstständig machen sollten. Sosniski erklärte bei Eröffnung des Tätigkeitsberichts, daß der obersteleiche Bergarbeiterstreik notwendig gewesen sei; die Früchte würden nicht ausbleiben. Der Vorsitzende der Abteilung für Bergarbeiter griff Sosniski scharf an und wies die gegen die Bergarbeiter erhobenen Vorwürfe zurück. Bemerkenswert ist, was ein polnisches Blatt, der „Wiarus Polski“ in Bochum, in der Nummer vom 4. Juni über diese Diskussion mitzuteilen weiß. Es schreibt: „Die Diskussion drehte sich hauptsächlich darum, ob Demagogie und Streik nützlich oder schädlich seien.“ Darin haben wir wenigstens ein Geständnis, daß die Führer der Polnischen Berufsvereinigung mit Demagogie kämpfen. Zu einem großen Redekampfe kam es bei Beratung des Antrags, der forderte, daß jede Abteilung selbstständig ihre Kasse führen soll. Berg- und Hüttenarbeiter verlangten energisch Kassen-

frennung, weil ihre Kasse als Goldgrube von den andern Abteilungen angesehen würde. Solinski bekämpfte den Antrag mit der Begründung, daß die Kassenrennung den Nagel zum Sarge der Polnischen Berufsvereingung bedeuten würde. Zu ähnlichen Szenen kam es auch bei dem Antrage, der forderte, daß Mitglieder des Zentralvorstandes keine Abgeordnetenmandate annehmen dürfen. Der Antrag wurde mit 48 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Aber ein Opfer haben die Kämpfe in dieser Generalversammlung doch gefordert. Bei der Wahl des Zentralvorstandes ist Solinski, der den Posten seit etwa zehn Jahren innehatte, durchgefallen. Er erhielt nur 54 Stimmen, während Rymer, bisher Rechtschreibbeamter der Polnischen Berufsvereingung in Berlin, mit 58 Stimmen gewählt wurde. So haben sich die Delegierten der Polnischen Berufsvereingung an dem Urheber des schlesischen Bergarbeiterstreiks gerächt.

Wer bezahlt das Fortbildungsschulgelde? Das Oberverwaltungsgericht hat durch Urteil des achten Senats vom 20. v. M. entschieden, daß Arbeitgeber zur Zahlung eines Fortbildungsschulgelbes nicht herangezogen werden können. Es handelte sich um die Klage zweier Sandwerkmessner, die zu Fortbildungsschulgelde für die gewerbliche Fortbildungsschule für ihre Lehrlinge herangezogen waren. Sie wurden davon freigestellt, denn, so wurde in der Begründung der Entscheidung ausgeführt, das Fortbildungsschulgelde hätten die Lehrlinge selbst oder — im Falle des Unvermögens — die Personen zu tragen, die zu ihrem Unterhalte verpflichtet seien. Der Senat gab dem Gesetze vom 1. August 1909, das den Gemeinden gestattet, von den Arbeitgebern Beiträge zu den Kosten der Unterhaltung der Fortbildungsschulen zu fordern, eine ganz neue Auslegung, indem er es dahin präzisierete, daß damit auch nur Schulunterhaltungsbeiträge gemeint seien. Bei dem Fortbildungsschulgelde handle es sich aber nicht um solche Unterhaltungskosten, sondern um Gebühren als öffentlich-rechtliche Gegenleistung für die Erteilung des Unterrichts. Mit dieser Entscheidung hat sich der achte Senat in direktem Widerspruch gesetzt mit einem früheren Entscheide des zweiten Senats, der die Arbeitgeber als zur Zahlung verpflichtet erklärte, wie ja auch die meisten Urteile eine darauf bezügliche Bestimmung enthalten, wonach das Schulgelde eventuell vom Lehrherrn eingezogen werden kann.

Verchiedene Eingänge.

„Deutscher Buch- und Steindruck.“ Monatlicher Bericht über die gesamten graphischen Künste mit der Beilage „Graphische Meisterstunden“. Herausgeber: Ernst Morgenstern, Berlin W 57, Dammwegstraße 19. Juniheft. 19. Jahrgang. Einzelheft 1 Mk., Jahrgang 8,75 Mk.

„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von S. F. W. Diez Nachf. in Stuttgart. Heft 37. 31. Jahrgang. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mk.

Briefkasten.

W. A. in Mannheim: Wir haben inzwischen von den eigenartigen Voraussetzungen der Firmen Lewin recte Althoff in Offen bei Stelleangeboten Kenntnis genommen. Man wird sich von dem Verbandskolle gezwungen erwehnen

erholen. — P. B. in Zürich: Überweisung ist bei der Postanfallt zu bewerkstelligen, wo das Abonnement ausgegeben wurde. — S. St. in Stuttgart: 2,15 Mk. — P. G. in Augsburg: 2 Mk. — D. D. in Kiel: 1,25 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II, Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Posen. Der Gau tag findet Sonntag, den 3. August, in Posen statt. Anträge sind bis zum 13. Juli beim Vorsitzenden einzureichen. Die Wahlen haben nach § 20 des Statuts am 8. Juli nach dem Mitgliederstande vom 28. Juni stattzufinden.

Bezirk Duisburg. Die verehrlichen Funktionäre werden gebeten, die Adresse des sich wahrscheinlich auf der Reise befindlichen Druckers Franz Busse (Hauptbuchnummer 69277) dem Kollegen Hermann Panzen, Duisburg, Blumenstraße 6, mitteilen zu wollen, zwecks Zustellung einer Schiedsgerichtsklage.

Sörlig. (Schiedsgericht.) Im Angabe der Adresse des Sehers Wilhelm Richter an Paul Hiescher, Brauwiesenstraße 18, wird erlucht.

Halle a. S. Die geehrten Funktionäre werden gebeten, den Aufsichtsrat des Druckers Peter Adamski (Hauptbuchnummer 67136) aus Nikolai (Schlesien) an Franz Schirmer, Kl. Klausstraße 7 I, mitteilen zu wollen. Dem Kollegen Adamski soll ein Schiedsgerichtsurteil zugestellt werden.

Katowitz. Der Seher Paul Grzeschik (Hauptbuchnummer 13448) wird hierdurch aufgefordert, die für die Zeit vom 3. bis 15. Februar fälligen zwei Beiträge (3 Mk.) aus Laurabütte umgehend vorfrei an Paul Hübeneff, Sachstraße 6, einzulenden. Die Herren Funktionäre wollen G. hierauf aufmerksam machen. Des weiteren eruche um Zufassung des Buchs eines Kollegen Krollmann, vom 1. bis 12. April in Rybnik konditionierend, zwecks Feststellung der Personalien.

Adressenveränderungen.

Celle. Vorsitzender: Paul Binkenstein, Kleinholener Straße 20 A.

Kassel. Alle Zuschriften, Anfragen usw. sind bis zum 30. Juni zu richten an den zweiten Vorsitzenden Wilhelm Kreis, Hlenburgstraße 38 II (nicht Moritzstraße 7).

Zur Aufnahme gemeldet.

(Eingewunden innerhalb 14 Tagen an die beigestigte Adresse):
In Görlitz 1. der Schweizerdegen Franz Gittel, geb. in Dürr-Kunzendorf 1890, ausgl. in Siegenhals (D. Schl.) 1910; 2. der Seher Gustav Starke, geb. in Allersdorf 1895, ausgl. in Hattmburg a. Mü. 1913; waren noch nicht Mitglieder. — Paul Hiescher, Brauwiesenstraße 18, in G. In Gorka die Seher 1. Hermann Baros, geb. in Kolbuszara (Österreich) 1891, ausgl. dal. 1912; 2. Heinrich Diepmann, geb. in Lübencheid 1893, ausgl. in Dingelstedt 1911; 3. der Schweizerdegen Walter W. Riedel,

geb. in Esterberg 1894, ausgl. dal. 1912; waren schon Mitglieder. — W. Etkhöfer, Dittstraße 38.

In Minden der Maschinenseher Artur Trmer, geb. in Rabenau i. S. 1893, ausgl. dal. 1911; war schon Mitglied. — Hans Pfafflich in Bielefeld, Jahobusstr. 8 II.

In Schaffhausen der Schweizerdegen Rudolf G. Kaiser, geb. in Goblitz a. N. 1883; war schon Mitglied. — „Typographia“, Schaffhausen.

Arbeitslosenunterstützung.

Göfingen. Die Seher Friedrich Thoffen aus Berlin (Hauptbuchnummer 86995) und Albert Adam aus Grund in Frankfurt a. M. in Kondition, werden aufgefordert, ihre restierenden Beiträge binnen 14 Tagen einzulenden; da sonst Antrag auf Ausschluß gestellt werden muß. Desgleichen wird der Seher Herbert Schmidt aus Königsstein (Hauptbuchnummer 76690), zuletzt in Haffingen (Aubr) in Kondition, erucht, den Rest seines erhaltenen Reisevorschlusses (5 Mk.) an Fr. Schwerdfeger, Gartenstraße 46 II, einzulenden.

Kiel. Die Herren Verbandsfunktionäre seien vor einem angeblichen Buchdrucker Hermann Behrens aus Preuß. Nosbeck gewarnt. Derselbe gibt an, sämtliche Legitimationspapiere, darunter ein Verbandsbuch (Nr. 10813), verloren zu haben. Er habe die nötigen Schritte zur Erneuerung seiner Papiere getan. Da er mittellos ist, bittet er um einen Vorbehalt. Den Verlust der Papiere belegte er hier mit einem Schreiben des Amtsverwalters vom Amt Gelschendorf (Sollstein). Da nach eingezogenen Erkundigungen die gemachten Angaben nicht der Wahrheit entsprechen, so bitten wir, B. eventuell verhaften zu lassen. B. ist ungefähr 35-40 Jahre alt, schlank, Figur, glatt rasiert und trägt karierten Anzug.

Verammlungskalender.

Altenburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 29. Juni, vormittags 10 Uhr, in der „Friedensturnhalle“.
Bromberg. Bezirksversammlung am Sonntag, dem 13. Juli, in Thorn. Anträge bis 29. Juni an den Vorsitzenden.
Gera. Bezirksversammlung Sonntag, den 27. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“ in Weida. Anträge bis 10. Juli an den Vorsitzenden.
Görlitz. Bezirksversammlung am Sonntag, dem 29. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Felsenkeller“, Sonnenstraße.
Göfingen. Versammlung Sonnabend, den 21. Juni, abends 9 Uhr, im „Hotel „Glocken“.
Mainz. Bezirksversammlung Sonntag, den 22. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Bräuhaus zum Gutenberg“.
Neuberg. Versammlung Sonnabend, den 21. Juni, im „Millner Hof“.

Tarifausschub der Deutschen Buchdrucker.

Kreis XII.

Der Beitrag für das Kreisamt für das verfloßene Geschäftsjahr beträgt für jeden tarifstreuen Gehilfen 15 Pf. Diese Gehilfen werden erucht, diesen Beitrag baldigst einzulenden. Der Beitrag hängt auch durch Beauftragung für ganze Orte unter Nennung der Orte und der Zahl der Mitglieder eingelandt werden.

Felix Wagner,
Gehilfenvertreter des Kreises XII,
Posen, Königsplatz 5.

Kiel Sonnabend, den 21. Juni, **Johannisfest** 5 Pf.

in der „Gloria“
Die Kollegen der umliegenden Druckorte sind freundlichst eingeladen.

Maschinenmeister
sichtlich und solid, nicht zu jung, für Akzidenz-, Werk- und für Autodruck (verkaufende Auto), Kunstbruchschnalage, bei guter Bezahlung in dauernde Stellung gesucht. Offerten unter K. 918 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

160 Inzeratennuster 60 Pf.
Interess. Sammlung zeitgem. Vorlagen a. d. Praxis.
100 Akzidenzvorlagen 60 Pf.
Prima Referenzen. In laufenden Exempl. verbreitet. Verlag S. Wittenands, Buchdrucker, Bonn a. Rh.

Wandfeller mit Buchdruckerwappen
1,50 Mk. franko. Artur Gafch, St. Ludwig i. Gl. Vom 1. Juli ab das Stück 2 Mk. franko. [1933]

Gutenbergbüchsen in Altabalter- oder Eisenbeimasse zu Mk. —,90, 2,25, 6, 7,50, 18, 22,50 und 36 je nach Größe empfiehlt A. Stegl, München 2, Holzstraße 7.

Johannisfest Theaterl., Gesellenart., Menfil. Graph. Verlagsanst., Halle a. S.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung, Prospekte frei. Barmen

Hymne „Heil Gutenberg“
Text von Karl Helmholz, komponiert von Kammermusikant Hans Thiele, für das Johannisfest empfohlen. Partitur 20 Pf. Zu beziehen durch [1843] S. Hille, Verlag, Weimar.

Ählen und Pinzette, plattenschnitt, Scherbluten empfiehlt St. Siegl, München 2, Holzstraße 7. Katalog gratis. [1908]

Postkarte an Johann Meier, Hamburg 34b, Rosenstraße 47, schreiben. Müllerteile Preisliste über Dauerwäpche, Scherzartikel, interessante Bücher gratis und fr.

Handwritten note:
K. Meier, Rosenstr. 47, Hamburg
10.05.1913

F. Daume, Leipzig-Neuditz, Cäcilienstraße 2 I.
Der Maschinenmeister Walter Keller aus Leipzig wird um Angabe seiner Adresse freundlichst erucht. E. Prieß, Buchdrucker, Harburg (Elbe).

Im Angabe der Adresse des Sehers Oskar Oberhardt, 1911 in Erfurt in Kondition, unter Nr. 923 an die Geschäftsstelle dieses Blattes wird höflichst gebeten.

Der Schriftseher Robert Paul Büßig, geboren am 20. August 1888, wird gebeten, seine Adresse unter Nr. 931 der Geschäftsstelle d. Bl. mitzuteilen.

Am 13. Juni verschied nach kurzen Krankenlager infolge Lungenentzündung unser lieber Kollege, der Maschinenseher **Bius Aubele** im 33. Lebensjahre. [1920] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft Augsburg.

Am 13. Juni verschied ganz unerwartet unser liebes Mitglied, der Maschinenseher **Bius Aubele** im Alter von 33 Jahren. [1921] Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt vom Maschinenseherklub Augsburg.

Am 15. Juni verstarb nach schwerem Leiden unser werter Kollege, der Obermaschinenmeister **Paul Stein** im Alter von 34 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Verbandsmitglieder der Firma W. Bürgenstein, Berlin.

Am 15. Juni verstarb unser werter Mitglied, der Seher **August Krüger** aus Hamburg, im 67. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona. [1926]

Am 15. Juni verstarb unser werter Mitglied, der Seher **August Krüger** im 67. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die „Niederstafel Gutenberg von 1877“ Hamburg-Altona.

Am 15. Juni verstarb an den Folgen eines Schlaganfalls nach sechswochigem Leiden unser lieber Kollege, der Seher **August Krüger** im Alter von 66 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren Hamburg, den 16. Juni 1913 Die Kollegen [1923] der „Hamburger Nachrichten“.

Am 15. Juni verschied nach langem Leiden unser werter Kollege, der Seherinvalide **Gustav Walker** aus Breslau, im 62. Lebensjahre. Der Verstorbene war ein treues Mitglied unres Verbandes, dem er seit dem Jahre 1871 angehörte. Ehre seinem Andenken! [1925] Ortsverein Breslau.

Unerwartet rasch verschied heute unser lieber Kollege, der Schriftseher [1915] **Karl Berndorfer** im Alter von 42 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren Stuttgart, 12. Juni 1913 Die Gehilfen der Buchdrucker Diez Nachf.

Am 12. Juni verschied leider aufreiß, erst 42jährig, in Stuttgart mein liebster Freund und treuer Kollege [1916] **Karl Berndorfer** Ein edler Mensch, gutmütig, lauten Charakters und von hoher Intelligenz, kunstfertig, naturforsch und weltberühmt, wird sein freier, hehrer Sinn mir als dankbarste Lebenserinnerung unvergesslich bleiben. Allezeit Ehre seinem lauten Andenken! Heilbronn a. N. Wily. Lambert.

Am 13. Juni verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser langjähriges Mitglied, der Seherinvalide [1917] **Heinrich Kurz** im Alter von 53 Jahren an der Berufskrankheit. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Straßburg.